

# **Digitales Brandenburg**

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

## **Geschichte der neuesten Zeit**

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1871 bis 1885

**Bulle, Constantin**

**Berlin, 1888**

Die Ära der Schutzzollpolitik.

**urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6504**

## Die Ära der Schutzzollpolitik.

Mit dieser anerkannten Friedenspolitik und Rücksichtnahme nach außen kontrastierte um so schärfer der kriegerische Charakter der inneren Politik Bismarcks, die sich seit den Wahlen von 1877 immer entschiedener gegen den Liberalismus gekehrt hatte. Die nationalliberale Partei verlor ihre bisherige maßgebende Stellung. Von 150 auf 126 Mitglieder zurückgegangen war sie nicht mehr in der Lage mit der Fortschrittspartei, von der sich die Fraktion Löwe abgezweigt hatte und die statt 49 nur noch 35 Sitze einnahm, eine Mehrheit zu bilden und mußte, zum Anschluß nach rechts genötigt, mehr als bisher ihren Schwerpunkt in ihren eigenen rechten Flügel verlegen, wodurch sie den Verfall ihres Parteiverbandes vorbereitete. Die Regierung beförderte diese Entwicklung indem sie die konservative Partei ermahnen ließ fest zusammenzuhalten und durch eine Verbindung mit den Nationalliberalen ihre frühere Bedeutung wiederzugewinnen. Die Thronrede vom 22. Februar ließ zwar noch keine wesentliche Veränderung des Standpunktes erkennen und wies insbesondere die Meinung zurück, als ob der Druck, der auf Handel und Verkehr wie in anderen Ländern so auch in Deutschland laste, durch die inneren Zustände des Reiches verursacht sei; aber sie deutete doch schon an, daß die Aufgabe augenblicklichem und örtlichem Mangel in der Beschäftigung Arbeit suchender Kräfte abzuhelpen wohl den Einzelstaaten zufallen könne, und kündigte die Vorlage eines Patentgesetzes an, dem die Freihändler nicht ohne Bedenken entgegenstehen. Die leichte Verschiebung der Parteiverhältnisse fand ihren Ausdruck auch bei der Wahl des Präsidiums, indem neben Forckenbeck und Stauffenberg der freikonservative Fürst Hohenlohe-Langenburg gewählt wurde, während früher die Fortschrittspartei den zweiten Vizepräsidenten zu stellen pflegte. Ein anders geartetes Vorzeichen der Wandlung, die sich anbahnte, kam gleichzeitig im preußischen Abgeordnetenhaus zum Vorschein. Bei der Budgetberatung forderte nämlich Gremer von der Centrumspartei mit ungewöhnlicher Wärme die Mehrheit auf die Hand zur Verständigung zu bieten; in allen äußeren Dingen würden die Katholiken bis zur äußersten Grenze nachgeben; aber man solle ihnen nicht die Existenz als Katholiken unmöglich machen. Darauf antwortete Lasker, der sich als Jude von den Kulturkampsdebatten zurückzuhalten pflegte, sehr entgegenkommend; auch seinem religiösen Gefühl widerstrebe es, daß die Maigesetze die Verweigerung der Absolution als eine strafbare Anwendung der kirchlichen Zuchtmittel behandelten; er werde gern behilflich sein Bestimmungen, die das Gewissen beunruhigten, zu beseitigen. Andere Centrumspredner verfehlten nicht diese Bereitwilligkeit zu einer „Revision der Maigesetze“ freudig zu begrüßen, während Falk mit Nachdruck betonte, daß die Forderung einer bloßen Revision gar nicht ernst gemeint sei, daß die Ultramontanen vielmehr die Beseitigung des Ganzen verlangten, und daß die Regierung nur dann zu Milderungen schreiten könne, wenn sie die Gewißheit habe, daß dadurch dem ganzen bitterlichen

Partei-  
verschiebung.Der Kultur-  
kampf.

Falk und die  
Orthodoxie.

Kampfe ein Ende gemacht werde. Virchow trat in diesem Falle ganz auf die Seite des Ministers; aber es war doch hindurch zu fühlen, daß auch die Kulturkampfsfrage innerhalb des Liberalismus zersetzend zu wirken beginne. Falks Stellung verlor dadurch unverkennbar an Festigkeit; gefährdet wurde sie überdies auch durch den lebhaften Streit der orthodoxen und der freisinnigen Richtung in der evangelischen Kirche, bei dem der Kaiser entschieden für die erstere eintrat, besonders seitdem eine Berliner Bezirksynode sich gegen den obligatorischen Gebrauch des Apostolikums erklärt hatte. Der Kaiser nahm auf diesen Vorgang ausdrücklich Bezug, als er am 15. Juni 1877 das Entlassungsgesuch des brandenburgischen Konsistorialpräsidenten Hegel ablehnte: angesichts jener Kundgebung könne er Beamte nicht entlassen, deren Festhalten am strengen Glauben bekannt sei. Für Falk und noch mehr für den Präsidenten des Oberkirchenrates Hermann war das ein empfindlicher Schlag, da Hegel in schroffer Opposition zu ihnen stand, und die kaiserliche Mahnung an den letzteren sich der höheren Entscheidung auch dann zu fügen, wenn sie von seiner Ansicht abweiche, vermochte die Bedeutung der Maßregel nur wenig abzuschwächen. Indessen gab der Monarch gleich darauf durch die Ernennung Hermanns zum Wirklichen Geheimen Rat zu erkennen, daß er die bisher befolgte Kirchenpolitik nicht verlassen wolle.

Ultramontane  
Kundgebungen.

Dem Ultramontanismus gegenüber ließ Falk in der Durchführung der Maigesetze keine Milde rung eintreten. Die Verwaisung der Diöcesen und der einzelnen Gemeinden nahm zu, die gerichtlichen Verurteilungen dauerten fort und ebenso reichten sich die Demonstrationen gegen die Regierung die eine an die andere; der Papst verstieg sich im Mai 1877 sogar dazu von dem deutschen Attila zu sprechen. Eingaben an den König, die von rheinländischen und schlesischen Katholiken ausgingen, wurden von dem Minister dahin beschieden, daß hinreichend begründete Beschwerden über Einzelfälle der sorgsamsten Prüfung gewiß sein könnten, daß aber allgemeine Anschuldigungen, wie sie in diesen Eingaben enthalten seien, nur die Beforgnis rechtfertigten, daß man dadurch lediglich den katholischen Theil der Bevölkerung in Unruhe zu erhalten suche. Im Abgeordnetenhaus erklärte Falk wiederholt, daß die Revision der Maigesetze für die Regierung absolut undiskutabel sei und daß sie nicht einmal der Erwägung einer solchen Revision näher treten werde. Damit war die Mehrheit noch vollkommen einverstanden; bei Einzelbeschwerden des Centrums aber kam es öfter vor, daß aus den Reihen der Konservativen sich Stimmen erhoben, die im Namen „zahlreicher protestantischer Männer“ sich gegen die Fortdauer des Kulturkampfes erklärten und zu beiderseitigem Entgegenkommen aufforderten, während der Liberalismus wohl auch aussprach, daß er der religiösen Streitigkeiten herzlich müde sei, aber zugleich hinzufügte, daß er den Kampf mit unverminderter Energie fortsetzen werde, bis der Krieg, und wenn er ein dreißigjähriger werden sollte, siegreich beendet sei.

Die Reichs-  
finanzen.

Brennender als die kirchlichen Fragen sollten zunächst aber die wirtschaftlichen und steuerpolitischen Kämpfe werden, die sich allmählich

deutlicher  
ungünstige  
auf indire  
sehr in W  
Vermehr  
Um diese  
hoch gegr  
zur Schul  
aus den  
des Reich  
Nestbestän  
Davon n  
zehren, n  
und den  
Steuerref  
erreichen  
Arbeitskr  
gehen un  
Die  
daß zur  
ministeri  
auf den  
werde ge  
bloßes  
die höher  
diesen H  
ja 1873  
einem Z  
gefordert  
Reichsflu  
Vorgang  
zu blicke  
durch n  
überdies  
dem Wi  
den. U  
rütteln;  
lichen,  
Gefähr  
We  
bedeutfa  
nur die  
unmittel  
aber un  
geworde  
direkt u

deutlicher anzukündigen begannen. Den Ausgangspunkt bildete dabei die ungünstige Gebarung der Reichsfinanzen, die, weil sie zum großen Teil auf indirekten Steuern beruhten, von der gedrückten Lage des Handels sehr in Mitleidenschaft gezogen wurden und für das nächste Jahr eine Vermehrung der Matrikularbeiträge um 25 Millionen Mark erheischten. Um diese zu vermeiden schlug Eugen Richter vor, aus dem weitaus zu hoch gegriffenen Invalidenfonds Bestände im Belaufe von 55 Millionen zur Schuldentilgung zu verwenden, die Pensionen für die Invaliden aus den Kriegen von 1870 auf jenen Fond zu übertragen, die Zinsen des Reichstagsgebäufonds in das Budget einzustellen und endlich die Restbestände aus der französischen Kriegskontribution heranzuziehen. Davon wollte Bismarck aber nichts hören: das heiße vom Kapitale zehren, meinte er; ebensogut könne man auch die Domänen veräußern und den Erlös im Budget verbrauchen; sein Wunsch sei eine gründliche Steuerreform unter Vermehrung der indirekten Steuern; dies Ziel zu erreichen werde ihm zwar durch viele Friktionen erschwert und seine Arbeitskraft sei aufgebraucht; dennoch werde er auf diesem Wege weitergehen und hoffe er der nächsten Session Vorlagen machen zu können.

Bismarck's  
Steuerreform-  
pläne.

Die natürliche Folgerung aus diesen Äußerungen schien zu sein, daß zur Förderung dieser Reformen die Bildung eines Reichsfinanzministeriums zweckdienlich sei; allein als Laßter dies entwickelte, stieß er auf den schärfsten Widerspruch des Kanzlers. Ein Reichsfinanzminister werde gegenüber dem weit mächtigeren preussischen Finanzminister ein bloßes Schattendasein führen. Die Erfahrung habe ihn gelehrt, daß die höheren Reichsbeamten im preussischen Ministerium sitzen müßten um diesen Hauptpartikularisten für das Reich zu gewinnen. Er selbst habe ja 1873 versucht sich auf seinen Kanzlerposten zurückzuziehen; allein nach einem Jahre habe er reuevoll das preussische Ministerpräsidium wieder-gefordert. Seitdem habe der Partikularismus an Stärke gewonnen, die Reichsflut sei rückläufig geworden. Das sei vielleicht ein naturgemäßer Vorgang, und man brauche deshalb noch nicht schwarz in die Zukunft zu blicken; wohl aber solle man sich hüten diesen Partikularismus dadurch noch zu stärken, daß man ihm Reichsministerien entgegenstelle, die überdies die Rechte des Bundesrates beschränken und daher sicher an dem Widerspruch der zum Veto berechtigten 14 Stimmen scheitern würden. Überhaupt solle man doch an der Verfassung nicht jetzt schon rütteln; er traue ihr eine ähnliche Bildungsfähigkeit zu wie der englischen, aber man müsse nur das augenblicklich Mögliche wollen und das Gefährliche vermeiden.

Förderung  
eines Reichs-  
finanzministe-  
riums.

Wenig beachtet vollzog sich übrigens doch nach und nach eine sehr bedeutsame Veränderung der obersten Reichsbehörden. Wenn anfänglich nur die Admiralität, die Schuldenverwaltung und der Invalidenfonds unmittelbar unter dem Reichskanzler, alle anderen Zweige der Verwaltung aber unter Delbrück gestanden hatten, so war dies schrittweise anders geworden; zuerst war 1874 das neue Reichseisenbahnamt dem Kanzler direkt unterstellt; dann geschah dasselbe mit der Post- und Telegraphen-

Ausbau  
der Reichs-  
behörden.

verwaltung, mit der Abteilung für die Reichslande, mit dem Justizamte, mit den reichsländischen Eisenbahnen und dem Schatzamte, die sämtlich in ein Koordinationsverhältnis zu dem ursprünglichen Reichskanzleramt traten, bis dies endlich durch seine Umwandlung zu einem Reichsamt des Inneren auch formell auf eine Stufe mit ihnen trat. Die verschiedenen Reichsministerien waren thatsächlich vorhanden, nur daß ihre Chefs nicht die verantwortliche Stellung von Reichsministern hatten und somit keine Friktionen hervorrufen konnten. Im preussischen Ministerium dagegen fehlten diese nicht, und der Kanzler gab der Mißstimmung gegen einzelne Kollegen einen sehr verständlichen Ausdruck. Besonders der große oder, wie man heraushören konnte, zu große Einfluß des Finanzministers veranlaßte ihn zu Klagen; der steuerauflegende Minister dürfe nicht zugleich budgetverwaltender Minister sein; letzterer werde immer mehr auf hohe Erträge als auf die bequeme Tragbarkeit der Steuern sehen; auch die Verwaltung der Domänen und des sonstigen Staatseigentums müsse er aufgeben und dafür in ein näheres Verhältnis zu den Reichsfinanzen treten. Der jetzige Geschäftsumfang erfordere eine so vielseitige Bildung, wie sie nur ein Finanzminister von Methusalems Alter besitzen könne; es stehe ja im übrigen nichts im Wege, daß Camphausen auch noch Präsident des Reichskanzleramtes werde; nur sei es einfach unmöglich, daß er neben seinen jetzigen Geschäften auch noch im Bundesrat und dessen Ausschüssen präsidire. Wenn diese Ausführungen Camphausen nicht sehr angenehm berühren konnten und die Vermutung nahe legten, daß sie das Echo von Kämpfen hinter den Kulissen seien, so wurde der Marineminister General Stosch noch weit schlimmer mitgenommen. Der Kanzler habe vergeblich im vorigen Jahre dessen Zustimmung zu einer Verminderung des Marinebudgets zu erreichen gesucht; nach monatelangen Verhandlungen habe er endlich kraft seiner Befugnis gegen die Marineverwaltung für die geringere Summe entschieden; da habe er natürlich nicht erwarten können, daß der Minister dem Abgeordneten Richter gegenüber gleich in der ersten Sitzung zugeben werde, daß er mit einem noch geringeren Satze auskommen könne als dem vom Kanzler bewilligten, und doch sei das bekanntlich geschehen.

Diese Ausfälle mußten neue Friktionen im Gefolge haben. Wenn Camphausen den Angriff anscheinend gelassen hinnahm, so beantwortete ihn Stosch mit einem Entlassungsgesuch und verlangte, da der Kaiser dies ablehnte, von Bismarck eine schriftliche Erklärung, daß seine Darstellung der Vorgänge nicht vollkommen zutreffend gewesen sei. Dessen weigerte sich der Kanzler und erzählte diese Dinge sogar seinen parlamentarischen Gästen auf einer Soirée am 17. März. Mit Sicherheit mochte er erwarten, daß der Kaiser nun auf Stoschs Entlassungsgesuch eingehen werde; als dies aber nicht geschah, suchte er selbst am 27. März um die Enthebung von seinem Posten nach. Darauf antwortete der Kaiser mit einem entschiedenen Niemals! und stellte dem Fürsten einen unbegrenzten Urlaub zur Verfügung, während dessen er jedoch die kaiser-

Bismarck und  
Camphausen.

Bismarck und  
Stosch.

Kanzlerkreise.

lichen Erl  
schaften d  
Daß der  
Vorgänge  
außer Br  
Herumstre  
werde ma  
Nähe feie  
nächsten  
wieder R  
Der Kan  
für diese  
hausens,  
kehren, w  
eigentlich  
die, welch  
wurden, v  
Spitze ein  
zu forder  
Beurlaub  
verfegte,  
selbst Wir  
Abgang d  
Mann he  
wenn er  
und wenn  
kampfs z  
preussische  
Wenn  
trag zur  
Weise, d  
handelte  
für Stab  
0,75 Ma  
andere V  
begünstig  
ab in d  
Minderhe  
jenem B  
hausens je  
hatte. V  
klangen  
radikaler  
zöllner n  
stellten  
aber ein

lichen Erlasse gegenzuzeichnen fortfahren und nur in den laufenden Geschäften durch Bülow, Hofmann und Camphausen vertreten werden sollte. Daß der persönliche Konflikt mit Stosch nicht die letzte Ursache dieser Vorgänge gewesen sei, wurde durch mancherlei Äußerungen des Kanzlers außer Zweifel gestellt. Wenn ein Jäger, sagte er u. a., durch langes Herumstreifen zwischen Kartoffelfeldern ermüdet nach Hause gehen wolle, werde man ihn nicht dadurch zurückhalten, daß man ihm sage, in der Nähe seien Rebhühner, wohl aber, wenn man ihm mitteile, in der nächsten Waldbucht lagerten Sauen; für eine Sauhaß würde auch er wieder Kräfte und Mut haben. Das Bild war nicht mißzuverstehen. Der Kanzler trug sich mit Plänen einer völlig neuen Wirtschaftspolitik; für diese hatte er auf die Unterstützung seiner Kollegen, besonders Camphausens, nicht zu rechnen; deshalb wollte er gehen und nur zurückkehren, wenn ihm freie Hand gelassen werde. Worin aber seine Pläne eigentlich beständen, wußte niemand, und so konnte es geschehen, daß die, welche später durch seine Wirtschaftspolitik am schwersten geschädigt wurden, wie z. B. die Kaufmannschaft in den Hansestädten, sich an die Spitze einer populären Agitation stellten um sein Verbleiben im Amte zu fordern. Auch im Reichstage wurden in einer Debatte über die Beurteilung des Kanzlers, die natürlich ganz Europa in Aufregung versetzte, die Verdienste des Fürsten von allen Seiten voll anerkannt; selbst Windthorst wies die Annahme, als ob das Centrum sich über den Abgang Bismarcks gefreut haben würde, zurück; „denn“, sagte er, „dieser Mann hat durch sein ganzes Verhalten gezeigt, daß er geeignet ist, wenn er einen Frieden nötig hat, ihn in großen Zügen zu schaffen, und wenn ich jemals eine Verhandlung über die Beendigung des Kulturkampfes zu führen hätte, würde ich sie lieber mit ihm führen als mit der preussischen Bureaucratie.“

Bismarcks  
Pläne.Bismarck und  
Windthorst.

Wenige Tage darauf gelangte im Bundesrate ein preussischer Antrag zur Annahme, der zum erstenmal, wenn auch noch in verhüllter Weise, die Grundsätze der bisherigen Wirtschaftspolitik mißachtete. Es handelte sich darum, die seit dem 1. Januar eingetretene Zollfreiheit für Stabeisen und grobe Gußwaren durch eine Ausgleichsabgabe von 0,75 Mark für den Zentner solange zu beschränken, wie Frankreich und andere Länder die Ausfuhr von Eisen und Eisenfabrikaten durch Prämien begünstigten. Nur eine kleine Minderheit der Regierungen lehnte es ab in dieser Weise die Freihandelsprinzipien zu verlassen; eine andere Minderheit wollte umgekehrt weitergehen und auch Maschinen etc. mit jenem Zoll belegen; die Mehrheit stimmte mit Preußen, nachdem Camphausen jede schutzöllnerische Verschärfung der Vorlage rundweg abgelehnt hatte. Auch im Reichstag sprach er sich in diesem Sinne aus; doch klangen seine Worte auffallend gedämpft, als er bemerkte, er sei nie radikaler Freihändler gewesen und hoffe auch nie entschiedener Schutzöllner werden zu dürfen; in den von Löwe und seinen Freunden gestellten Anträgen den Zoll weiter auszudehnen erblickte die Regierung aber einen Übergang zu schutzöllnerischen Tendenzen, den sie nicht mit-

Die Eisenzölle.

machen könne. Die große Mehrheit, 212 gegen 111, lehnte aber auch die Regierungsvorlage ab; in der Minderheit waren neben der Gruppe Löwe, den Elsäffern und Sozialdemokraten besonders Nationalliberale und Centrum stark vertreten.

Wirtschafts-  
politische Pro-  
gramme.

Außerhalb des Parlaments richtete sich die schutzöllnerische Agitation vornehmlich auf die Forderung einer Enquete über die Notlage der Industrie, und bei den sich mehrenden Anzeichen von Bismarcks veränderter Stimmung wurden die Hoffnungen, aber auch die Besorgnisse bezüglich eines Umschwungs immer reger. Lebendigen Ausdruck gab den letzteren Fockebeck in einer Breslauer Rede vom 5. Juli 1877. Er meinte, die Gesetzgebung sei dem Drängen des Volkes wohl zu schnell vorgeeilt und mancher Beschluß möge einer neuen Prüfung bedürfen; jedenfalls sei es jetzt ratsam still zu stehen und das Errungene zu verteidigen, und in diesem Sinne rufe er der liberalen Partei ein „Zurück auf die Schanzen!“ zu. Daß es sich bei der Verteidigung um die ganze Linie der Wirtschaftspolitik handeln werde, konnte man besonders aus den Programmen der Ultramontanen erkennen, die Maßregeln gegen den Wucher, Beschränkung der Wechselfähigkeit, Abänderung der Gewerbeordnung, staatliche Anordnung der Sonntagsruhe, Wiedereinführung der Lehrlingsprüfungen, des Meisterrechtes, der Arbeitsbücher, Revision der Freizügigkeit, Beschränkung der Frauenarbeit in den Fabriken, Begründung von Kranken-, Hilfs-, Sterbe- und Invalidenkassen durch den Staat und ähnliches mehr verlangten. Andererseits lehnte der Verein für Sozialpolitik in seiner Generalversammlung im Oktober 1877 die Wiederbelebung des Zunftrechts und die staatliche Organisation der Industrie ab und wollte nur solchen Mißständen, die durch das Vereinsleben nicht zu bessern seien, durch den Staat abhelfen; zugleich nahm er in der Schutzollfrage eine vermittelnde Stellung ein, indem er den Abschluß neuer Handelsverträge, insbesondere mit Oesterreich, forderte, aber falls dies mißlänge, sich Kampfzöllen nicht abgeneigt erwies.

Monopolibeen.

Derjenige Punkt, an welchem der Gegensatz der Standpunkte sich am schroffsten bemerklich machte, blieb aber zunächst doch die Besteuerung. Bismarcks Ideal einer starken Steigerung der indirekten Abgaben mußte ihn mehr und mehr den liberalen Wirtschaftspolitikern entfremden; besonders seitdem er die Idee großer Monopole und in erster Linie des von Württemberg und Hessen angeregten Tabaksmonopols erfaßt hatte, wurde die Kluft zwischen ihm und vielen seiner bisherigen Anhänger breiter und breiter. Camphausen folgte ihm bis hart an die Grenze des Monopols. Bei der Budgetberatung des preußischen Abgeordnetenhauses am 2. November 1877 trat er für die Vermehrung der indirekten Steuern unbedingt ein; da aber der Reichstag die Matrifularbeiträge nicht entbehren könne, wollte er einen Teil der indirekten Einnahmen an die Einzelstaaten herauszahlen, wogegen diese gewisse direkte Steuern den Gemeinden überlassen sollten. Zu sagen, welche indirekte Steuern er im Sinne habe, lehnte er ab, weil eine vorzeitige Veröffentlichung dieser Pläne das Scheitern derselben erleichtern werde. Daß er sich

schon im  
Tabaksmonopol  
Weise ent

Inzu  
sichten i  
untereinan  
Ausgleich  
zelnem In  
führen so  
verbandes  
erreicht n

Für  
verfolgen  
bildet  
glänzends  
sich bewe  
Beschwer  
ihm viele  
reform a  
warte un  
doch um  
Bennigst  
für seine  
ihrer Übe  
Einfluß  
tritt in d  
zu einem  
genug d  
forderten  
Zugestän  
anderer  
genossen,  
fordere.  
Bismarck  
dieses P  
Vermehr

In  
ständig  
Stempel  
Das Pr  
Ertrag  
schüsse  
und eine  
13—14  
dann n  
zu mach

schon im Februar 1877 bereit erklärt hatte für die <sup>Abnahme</sup> des Tabaksmonopols mitzuwirken, konnte man aus seinen <sup>Worten in feiner</sup> Weise entnehmen.

Inzwischen fuhren die Schutzöllner fort dem Umschwung der An- <sup>schauung</sup> sichten in den leitenden Kreisen dadurch entgegenzukommen, <sup>daß sie sich</sup> untereinander über ein System von Schutzöllnen verständigten, <sup>das einen</sup> Ausgleich zwischen den ja vielfach sich bekämpfenden Interessen der einzelnen Industriezweige, z. B. der Spinnerei und der Weberei, herbeiführen sollte, ein Ziel, das auf der Delegiertenversammlung des Centralverbandes der Industriellen am 14. Dezember 1877 in Leipzig wirklich erreicht wurde.

Fürst Bismarck hatte sich inzwischen über den Weg, den er weiter verfolgen wollte, in seiner Barziner Zurückgezogenheit feste Pläne gebildet. Sein Ideal war das Tabaksmonopol, von dem er sich die glänzendsten finanziellen Ergebnisse versprach. Der Finanzminister hatte sich bewegen lassen auf diesen Plan einzugehen, allein damit waren die Beschwerden des Kanzlers gegen ihn noch nicht behoben. Er machte ihm vielmehr zum Vorwurf, daß er nicht selbst eine umfassende Finanzreform ausarbeite, sondern von dem Ministerpräsidenten Vorschläge erwarte um daran dann seine Kritik zu üben, während das Verhältnis doch umgekehrt sein müsse. So kam er zu dem Entschluß sich an Bismarck zu wenden und die Mitwirkung der nationalliberalen Partei für seine Finanzpläne dadurch zu gewinnen, daß er ihr für dieses Opfer ihrer Überzeugung auf anderen Gebieten des Staatslebens um so größeren Einfluß einräumte. Er entschloß sich deshalb dazu Bismarck den Eintritt in das Ministerium anzubieten und lud ihn in den Weihnachtstagen zu einem Besuche in Barzin ein. Dabei gewann er denn freilich schnell genug die Erkenntnis, daß der Führer der Nationalliberalen den geforderten Preis überhaupt nicht zahlen werde und selbst für geringere Zugeständnisse, wie etwa für erhebliche Erhöhungen der Tabaks- und anderer indirekten Abgaben, den Eintritt von mehreren seiner Parteigenossen, besonders Forckenbecks und Stauffenbergs, in das Ministerium fordere. Ohne die Unterhandlungen förmlich abubrechen verzichtete Bismarck doch schon, als Bismarck ihn verließ, auf die Durchführung dieses Planes und griff auf den Gedanken zurück durch anderweitige Vermehrung der Steuern die Matrikularbeiträge zu vermindern.

In dieser Richtung hatte während des Sommers eine Sachverständigenkommission über einen preussischen Antrag beraten, der alle Stempelsteuern und die Erbschaftsteuer auf das Reich übertragen wollte. Das Projekt war dabei doch derartig verkürzt, daß es nur noch einen Ertrag von etwa 22 Millionen erwarten ließ und die Bundesratsauschüsse hatten es dann auf eine Börsensteuer, einen Spielkartenstempel und eine Abgabe von den Lotterielosen beschränkt, die zusammen nur 13—14 Millionen ergeben konnten. Zur Beschaffung der Summe, die dann noch fehlte um eine Erhöhung der Matrikularbeiträge entbehrlich zu machen, beantragte nun Preußen im Bundesrate am 15. Januar

Bismarck und Bismarck.

Börsensteuer.

Tabaksteuer.



1878 die Erhöhung der Tabaksabgaben. Die Motive der Vorlage erklärten rund heraus, daß dem Monopol eigentlich der Vorzug gebühre, und die Einzelbestimmungen ließen deutlich erkennen, daß diese Vorlage bezwecke es anzubahnen, besonders dadurch, daß der bisher abgabenfreie Tabaksbau kleiner Grundbesitzer künftighin auch besteuert und so allmählich beseitigt werden sollte.

Tabakmono-  
pol.

Noch klarer trat diese Tendenz bei den Reichstagsverhandlungen vom 21.—23. Februar 1878 hervor. Camphausen verlas die Denkschrift, in der er sich schon vor Jahresfrist für das Monopol ausgesprochen hatte, um mit Hilfe desselben andere indirekte Steuern, z. B. die auf Salz, zu erleichtern oder ganz abzuschaffen. Da jedoch eine sofortige Einführung des Monopols nicht ausführbar sei, so habe man einen Übergang zu suchen, und den bilde die jetzige Vorlage. Übereinstimmend damit sprach sich Bismarck aus. Sein Ideal sei ein Reich, das nicht vor den Thüren der Einzelstaaten Beiträge einsammeln müsse, sondern, da es die Hauptquelle guter Finanzen, die indirekten Steuern, unter Verschluss halte, an die Staaten herauszahlen könne. Dies hoffe er mit dem Monopol zu erreichen und habe sich belehren lassen, daß diese Vorlage ein notwendiger Durchgangspunkt sei. Ein eigentümliches Licht fiel bei diesen Erörterungen auf die Verhandlungen mit Bennigsen. Camphausen erwähnte, daß er dem Kanzler wiederholt seinen Rücktritt angeboten habe, besonders seit ihm in neuerer Zeit das *ô-tô-que* je m'y mette in die Ohren geklungen sei, und Bismarck bemerkte darauf, daß er sich von dem Finanzminister, dessen Eigenschaften er dabei das größte Lob spendete, nur aus zwingenden Gründen trennen würde und daß der Augenblick, wo ihre Wege sich möglicherweise scheiden könnten, zur Zeit nicht gekommen sei. Gleichwohl erneuerte Camphausen wenige Tage später sein Entlassungsgesuch. Die nüchterne Art, in der Bismarck die Möglichkeit einer Trennung öffentlich besprochen hatte, zeigte, daß er dieselbe doch für keine fernliegende Eventualität hielt, und andererseits hatte Camphausen seine Stellung zur nationalliberalen Partei durch die Unterstützung des Monopols völlig verdorben. Freilich war für diese jetzt die Annahme einiger Ministerposten auch unmöglich geworden; denn sie bekämpfte das Monopol grundsätzlich und trat damit in schärfere Opposition zu dem Kanzler. Bennigsen teilte diesem denn auch ausdrücklich mit, daß er nunmehr die in Barzin begonnenen Verhandlungen als gescheitert ansehe, und Bismarck nahm diese Erklärung entgegen ohne hervorzuheben, daß er selbst schon längst demgemäß gehandelt habe.

Camphausens  
Rücktritt.

Die Frage der  
Reichsministe-  
rien.

In der That war die Kluft, die zwischen ihm und den Nationalliberalen in der Beurteilung des Monopols bestand, nicht die einzige; ebenso erheblich war die Verschiedenheit der Auffassungen und Ziele bezüglich der anzustrebenden Organisation der obersten Reichsbehörden. Diese Frage schwebte seit der Beurlaubung des Kanzlers im Frühjahr 1877, und nicht früher durfte man seinen vollen Wiedereintritt erwarten, als bis über die Erleichterungen, die er forderte, eine Verständigung erzielt war. Seine Wünsche in dieser Richtung entsprachen aber sehr

wenig den  
ja von A.  
dem Kan.  
sich in F.  
Mitgließe  
zweige w  
Kaiser A.  
sind und  
Um diese  
selbst in  
Sie versta  
stellung e  
seits die  
chefs mit  
geschlosse  
das Rech  
dem Kan.  
von der C  
auch im  
nehmen.  
entwurf  
von Pfr  
v. Mittn  
licher N  
Bundesr  
schon ma  
weite de  
er gerad  
die Ver  
schäftsstr  
und Ver  
bei der  
liberaler  
Debatten  
Spott a  
Kritiken  
oder w  
11. Mä  
So  
halten  
beherrsch  
wirkung  
Vizeprä  
Dotieru  
wenn er  
denen

wenig dem bisherigen Standpunkte der liberalen Parteien. Diese hatten ja von Anfang an die Ernennung verantwortlicher Reichsminister neben dem Kanzler gefordert; Bismarck dagegen verlangte für sich das Recht sich in Fällen der Behinderung durch andere, vom Kaiser dazu ernannte Mitglieder des Bundesrates im allgemeinen oder für einzelne Amtszweige widerruflich vertreten zu lassen. In diesem Sinne reichte er dem Kaiser Anfang Januar 1878 eine Denkschrift ein, die dessen Genehmigung fand und am 25. Januar zu einer Vorlage an den Bundesrat führte. Um diese zu beraten trafen die leitenden Minister der Mittelstaaten selbst in Berlin ein und setzten einige erhebliche Abänderungen durch. Sie verständigten sich mit dem Kanzler dahin, daß einerseits die Bestellung eines Vizekanzlers für den ganzen Umfang der Geschäfte, andererseits die Beauftragung der dem Kanzler untergeordneten Verwaltungschefs mit der Stellvertretung in ihrem Ressort zulässig sein solle; ausgeschlossen wurde dieselbe in denjenigen Ämtern, denen im wesentlichen das Recht der Beaufsichtigung der Einzelstaaten zustand; dagegen wurde dem Kanzler die Befugnis eingeräumt einzelne Teile des Geschäftskreises von der Stellvertretung auszunehmen und selbst jederzeit Amtshandlungen auch im Bereich der dem Stellvertreter übertragenen Geschäfte vorzunehmen. Wenige Tage nach der Tabaksteuervorlage kam dieser Gesetzentwurf im Reichstag zur Verhandlung. Der bayerische Ministerpräsident v. Mittnacht mit größter Entschiedenheit gegen die Zulässigkeit verantwortlicher Reichsministerien, weil diese die verfassungsmäßige Stellung des Bundesrates beeinträchtigen würden. Auch Bismarck sprach sich, wie schon manchmal früher, in demselben Sinne aus und suchte die Tragweite der Vorlage abzuschwächen. Besonders nachdrücklich verteidigte er gerade den Punkt, der bei den Liberalen den größten Anstoß erregte: die Berechtigung jederzeit durch einzelne Amtshandlungen in den Geschäftskreis seiner Stellvertreter einzugreifen und deren Selbständigkeit und Verantwortlichkeit dadurch also unablässig einzuschränken. Schon bei der ersten Lesung stellte sich übrigens heraus, daß die Nationalliberalen entschlossen waren die Vorlage anzunehmen. Die eingehenden Debatten bildeten daher wirklich nur, wie Bismarck sich mit leichtem Spott ausdrückte, „ein Rendezvous für eine der periodisch wiederkehrenden Kritiken der Verfassung.“ Alle Amendements der Opposition fielen durch oder wurden zurückgezogen, und schließlich gelangte der Entwurf am 11. März mit 171 gegen 101 Stimmen unverändert zur Annahme.

Hatte der Kanzler so im Reiche die weitgehendsten Befugnisse erhalten sich von einem Teile der Geschäfte zu entlasten ohne doch den beherrschenden Einfluß zu verlieren, so bedurfte er doch noch der Mitwirkung des preußischen Landtages um für den Vizekanzler, der zugleich Vizepräsident des preußischen Ministeriums sein sollte, die finanzielle Dotierung zu erhalten. Es geschah das in der Form, daß demselben, wenn er kein anderes Ressort verwalte, das Gehalt des Ministerpräsidenten (36 000 Mark), das Bismarck nicht mehr bezog, seit er als

Das Vize-  
kanzleramt.

*Änderungen im  
Ministerium.*

Reichskanzler mit 54 000 Mark dotiert war, überwiesen wurde. Aus-  
ersehen war zu dem Posten der Botschafter in Wien, Graf Stolberg.  
Indes wünschte Bismarck gleichzeitig noch einige andere Modifikationen  
in der Organisation des preussischen Ministeriums durchzusetzen: die  
Eisenbahnabteilung des Handelsministeriums sollte ein selbständiges Res-  
sort und die Abteilung des Finanzministeriums für Forsten und Do-  
mänen dem Landwirtschaftsminister übertragen werden. Im Zusammen-  
hange damit war ein umfangreicher Personenwechsel geplant; äußerte  
doch Bismarck vertraulich, von den preussischen Ministern seien eigentlich  
nur noch zwei intakt: Kameke und Achenbach; Camphausen sei thatsächlich  
entlassen, Eulenburg beurlaubt, Leonhardt kränklich, Friedenthal über-  
arbeitet, Falk nervös überreizt. Bei der Verteidigung der Vorlage im  
Abgeordnetenhaufe erhielt dann aber auch der angeblich „intakte“ Achen-  
bach einen so deutlichen Wink, daß er alsbald seine Entlassung forderte.  
Die Bewilligung des Gehaltes für den Vizepräsidenten wurde nicht  
ernstlich beanstandet, die Forderung eines besonderen Eisenbahnministe-  
riums und die Abtrennung der Domänen und Forsten vom Finanz-  
ministerium aber abgelehnt. Ende März erfolgte dann die Ernennung  
Hobrechts, des Oberbürgermeisters von Berlin, zum Finanz- und May-  
bachs zum Handelsminister. An Eulenburgs Stelle wurde sein Vetter,  
Graf Botho zu Eulenburg, damals Oberpräsident von Hannover, Mi-  
nister des Inneren, und einige Wochen später trat Graf Stolberg als  
Vizepräsident ein. Falk dagegen blieb im Amte, obgleich seine Stellung  
für schwer erschüttert galt und die Entlassung Hermanns, des Präsidenten  
des Oberkirchenrates, zu Anfang Mai für ihn umso mehr ein schwerer  
Schlag war, als der König zum Nachfolger desselben den streng ortho-  
doxen Oberkonsistorialrat Hermes berief. Von dem Stellvertretungs-  
gesetze machte der Kanzler soweit Gebrauch, daß er Bülow für das  
Auswärtige, Stosch für die Marine und Stephan für Post- und Tele-  
graphenwesen zu seinen Stellvertretern ernennen ließ.

*Tabaksenquete.*

Inzwischen war die Tabaksteuervorlage in der Kommission begraben  
worden. Da Bismarck aber nicht gewillt war sein Ziel aufzugeben,  
beschloß er einen Umweg einzuschlagen und zunächst eine Untersuchung  
über die Lage der Tabaksindustrie zu fordern, durch die er die Zweck-  
mäßigkeit des Monopols zu erweisen hoffte. Der Bundesrat erhob da-  
gegen keine Einwendungen; aber von den Fraktionen des Reichstages  
waren Centrum und Fortschritt entschieden gegen das Verfahren, und  
da auch die Nationalliberalen alle Bestimmungen, die lediglich auf das  
Monopol abzielten, verwarfen, so wurden von den zehn Paragraphen  
nur zwei angenommen, die übrigen aber, welche die Regierung zu zwangs-  
weisen Erhebungen ermächtigen sollten, abgelehnt. Die Möglichkeit von  
dem Tabak in nächster Zeit schon bedeutende Erträge zu erzielen war  
dadurch erheblich vermindert, und mehr als je machte der Kanzler sich  
mit dem Gedanken vertraut die Vermehrung der Einnahmen durch eine  
Änderung des Zolltarifs und des ganzen bisher befolgten gemäßig-  
t Freihändlerischen Wirtschaftssystems zu erzielen.

Eine  
freien Ver-  
Barnbüle  
Wenngleie  
im Lande  
Unbehagl  
eine Bess  
etwaigen  
auf stark  
mals zus  
tung nich  
hatte sch  
komte fr  
wenn ein  
Unerwart

Als  
Tochter,  
Linden e  
zwei Rev  
verwunde  
stammend  
verkommen  
christlich  
lich bei  
des Kais  
einen her  
liche Me  
innerung  
die Part  
halb gen  
Verbrech  
durch sei  
einer dir  
die Rede  
dem Kul  
Teil der  
Bismarck  
fand jetz  
Produkt  
Fortdau  
Deklam  
die Soz  
Ausnah  
hatte ja  
Widersp  
Es konn

Einen Stützpunkt für solche Pläne fand er im Reichstage an einer freien Vereinigung schutzöllnerischer Abgeordneter, die sich im März unter Barnbülers Agide aus Mitgliedern verschiedener Parteien gebildet hatte. Wenngleich sie zur Zeit nicht viel mehr als 60 Köpfe zählte, so war im Lande bei der fortdauernd gedrückten Lage der Industrie doch die Unbehaglichkeit so verbreitet und die Neigung durch staatliches Eingreifen eine Besserung herbeizuführen so sehr im Wachsen begriffen, daß bei etwaigen Neuwahlen die Schutzollpartei, wenn der Kanzler sie führte, auf starken Zuwachs rechnen durfte. Von dem Reichstag, wie er damals zusammengesetzt war, erhoffte Bismarck aber auch in anderer Richtung nichts mehr, seit die enge Allianz, die er mit den Nationalliberalen hatte schließen wollen, gescheitert war. Eine Auflösung und Neuwahl konnte freilich nicht ohne gewichtigen Grund vorgenommen werden; aber wenn ein solcher sich bot, war er dem Fürsten sicher nicht unerwünscht. Unerwartet schnell sollte er gefunden werden.

Die Schutzöllner.

Als der Kaiser am 11. Mai nachmittags gegen  $\frac{1}{2}$  4 Uhr mit seiner Tochter, der Großherzogin von Baden, im offenen Wagen unter den Linden entlang fuhr, wurden in der Nähe der russischen Gesandtschaft zwei Revolvergeschüsse auf ihn abgefeuert ohne ihn oder sonst jemand zu verwunden. Der Thäter, der sofort ergriffen wurde, war ein aus Leipzig stammender Klempnergesell Namens Hödel, der, längst schon sittlich völlig verkommen, eine Zeitlang in der sozialdemokratischen und dann bei der christlichsozialen Partei eine Rolle zu spielen versucht hatte, und schließlich bei anarchistischen Grundsätzen angelangt mit dem geplanten Morde des Kaisers doch kaum politische Ziele verfolgte, sondern weit mehr durch einen herostratischen Größenwahnsinn geleitet wurde. Wenn die öffentliche Meinung unter dem ersten Eindruck des Verbrechens und in Erinnerung an so manche sozialdemokratische Brandrede nicht abgeneigt war die Partei für den Frevel verantwortlich zu machen, so ergab sich doch bald genug, daß eine Berechtigung dazu nur insoweit vorlag, als dem Verbrecher die Richtung des Willens auf den politischen Mord allerdings durch seinen Verkehr mit den revolutionären Kreisen gegeben war; von einer direkten Aufreizung oder gar von einer Verschwörung konnte nicht die Rede sein. Der Fall hatte in dieser Beziehung große Ähnlichkeit mit dem Kullmannschen Attentate, und wie damals die ultramontane Presse den Teil der moralischen Mitschuld, der sie treffen konnte, auf den Fürsten Bismarck als den Urheber der kirchlichen Wirren abzuwälzen suchte, so fand jetzt die Sozialdemokratie, daß Hödel eigentlich nur das notwendige Produkt unserer wahnsinnigen Zustände sei und daß die, welche deren Fortdauer begünstigten, die wahre Schuld treffe. Die Wirkung solcher Deklamationen konnte natürlich nur die sein, daß die Erbitterung gegen die Sozialdemokratie und ihre Presse wuchs und der Boden für ein Ausnahmegesetz gegen diese Partei dadurch bereitet wurde. Der Bundesrat hatte ja früher schon wiederholt Anläufe dazu genommen, die an dem Widerspruch der liberalen Parteien und des Centrums gescheitert waren. Es konnte nicht überraschen, daß er jetzt darauf zurückkam, und zunächst

Das Hödel'sche Attentat.

Das Sozialistengesetz.

auf die Dauer von drei Jahren das Recht beanspruchte sozialdemokratische Druckschriften und Vereine unter Vorbehalt der Genehmigung des Reichstages zu verbieten, während gleichzeitig die Befugnisse der Polizei zum Einschreiten gegen sozialdemokratische Versammlungen und Agitationschriften erheblich verschärft werden sollten. Selbst innerhalb der nationalliberalen Partei fanden jedoch diese Vorschläge keinen Anklang; nur einzelne Mitglieder wie Gneist wollten auf den Grundgedanken eingehen und glaubten den Entwurf durch Amendierung annehmbar machen zu können; die Mehrheit der Partei war dagegen der Ansicht, daß die bestehende Gesetzgebung der Regierung Waffen genug gebe und daß man, wenn sich gleichwohl Lücken zeigen sollten, die Sache im Herbst mit größerer Ruhe und weniger Erregung prüfen solle. Da nur die Konservativen, in deren Namen u. a. auch Moltke sprach, für das Gesetz stimmten, wurde es am 24. Mai mit 251 gegen 57 Stimmen verworfen und der Reichstag noch an demselben Tage geschlossen.

Das Nobilingische Attentat.

Wäre die Vorlage angenommen worden, so hätte sie doch schlechterdings nicht das Ereignis verhindern können, das wenige Tage später die kaum beschwichtigte Erregung über das Hödelsche Attentat auf den höchsten Gipfel treiben sollte. Am 2. Juni wurde das Leben des greisen Kaisers von neuem bedroht. Aus einem Fenster des Hauses Unter den Linden Nr. 18 feuerte ein Dr. Nobiling, der Sohn eines Domänenpächters in der Provinz Posen, zwei Schüsse auf den vorüberfahrenden Monarchen ab und brachte ihm zahlreiche Wunden durch Schrotkörner bei. Ehe er verhaftet werden konnte, schoß er sich selbst eine Kugel durch den Kopf, jedoch ohne unmittelbaren tödlichen Erfolg. Auch Nobiling hatte, wie sich ergab, sozialistischen Ideen gehuldigt und auf einer Reise nach England und Frankreich Verbindungen mit der Internationale gesucht; auch bei ihm war jedoch eine unmittelbare Beeinflussung zur Ausübung der That nicht nachweisbar; die alsbald auftauchenden Gerüchte von einer ausgebreiteten Verschwörung erwiesen sich als unbegründet. Auch so aber war die grenzenlose Entrüstung, die ganz Deutschland durchzuckte, nur zu gerechtfertigt. Wäre der Reichstag jetzt zusammenberufen worden, so hätte die Mehrheit trotz aller Zweifel an der Wirksamkeit der Regierungsvorlage und trotz der klaren Erkenntnis, daß man damit einen falschen Weg beschreite, sich in der moralischen Zwangslage gesehen das Sozialistengesetz zu genehmigen. Die öffentliche Meinung stimmte ja jetzt schon laut in die sinnlosen Anklagen der konservativen Presse ein, daß die liberale Partei durch Ablehnung der früheren Vorlage für diesen neuen Frevel die Verantwortung trage, und selbst dem entschiedensten Fortschrittsmann hätte es schwer werden müssen, wenn er unmittelbar nach der That vor die Entscheidung gestellt wäre, der Regierung die Waffe, welche sie zum Schutz des Kaisers nötig zu haben erklärte, zu verweigern, mochte diese Waffe auch noch so unbrauchbar für diesen Zweck, noch so gefährlich in anderen Beziehungen sein.

Allein der Reichskanzler dachte gar nicht daran den Reichstag

wieder zu  
durch Ner  
tretung z  
feinesweg  
Baden  
ließ. Am  
Die Kaiser  
die Stelle  
5. Dezem  
die Reise  
Mitte Se  
zu Pferd  
Während  
um endl  
seine Hau  
gerichtsht  
richtet, N  
Wunden

Inz  
haften A  
war der  
minder k  
zweifelha  
beiden k  
als ein  
Fortschr  
etwa 65  
etwa 30  
sitzen ve  
die Natio  
den Deu  
samtgrup  
ändert, n  
war. W  
trums si  
National  
aus drei  
vativen,

Die  
tember  
das Prä  
lohe gef  
fall, der  
gang de  
Folkesto  
König  
811

wieder zu berufen, sondern beschloß die Gelegenheit zu benutzen um durch Neuwahlen in dieser erregten Zeit sich eine gefügigere Volksvertretung zu beschaffen. Das preussische Ministerium stimmte, wenngleich keineswegs einmütig, diesem Plane zu und im Bundesrate machte nur Baden schwache Einwendungen, die es bei der Endabstimmung fallen ließ. Am 11. Juni wurden die Neuwahlen auf den 30. Juli anberaumt. Die kaiserliche Verordnung war von dem Kronprinzen unterzeichnet, der die Stellvertretung für seinen verwundeten Vater vom 4. Juni bis zum 5. Dezember führte. Der Kaiser selbst begab sich, sobald sein Zustand die Reise erlaubte, nach Teplitz, und von da Ende August nach Gastein. Mitte September konnte er den Manövern in Kurhessen schon wieder zu Pferde beiwohnen, wenn er auch den Arm noch in der Binde trug. Während des Herbstes verweilte er in Baden-Baden und Wiesbaden um endlich unter dem beispiellosen Jubel der Bevölkerung wieder in seine Hauptstadt zurückzukehren. — Hödel war am 10. Juli vom Staatsgerichtshof zum Tode verurteilt und am 16. August in Moabit hingerichtet, Nobiling am 10. September in der Stadtvoigtei in Berlin seinen Wunden erlegen.

Auflösung des Reichstags.

Der Kaiser.

Inzwischen hatten die Wahlen zum Reichstage nach einer sehr lebhaften Agitation am 30. Juli stattgefunden. Von der Regierungspresse war der linke Flügel der Nationalliberalen und selbst Bennigsen kaum minder heftig bekämpft worden als die Fortschrittspartei, und da unzweifelhaft ein konservativer Hauch durch das Land ging, fielen den beiden konservativen Parteien je eine Viertelmillion Stimmen mehr zu als ein Jahr früher, während die Nationalliberalen etwa 180 000, die Fortschrittspartei und das Centrum je 50 000, die Sozialdemokraten etwa 65 000 verloren, und daneben die schutzöllnerische Gruppe Löwe etwa 30 000, die Welfen 25 000 Stimmen gewannen. An Reichstagsitzen verloren die Sozialdemokraten nur 3, die Fortschrittspartei 9, die Nationalliberalen 30; die meisten davon fielen der Reichspartei und den Deutschkonservativen zu gleichen Teilen (18 bzw. 19) zu; die Gesamtgruppierung der Volksvertretung hatte sich also nicht erheblich geändert, wenn auch der Schwerpunkt abermals weiter nach rechts verrückt war. Wie bisher konnte die Regierung, solange die Haltung des Centrums sich nicht änderte, eine Mehrheit nur durch die Vereinigung der Nationalliberalen mit den Konservativen gewinnen: der Reichstag bestand aus drei annähernd gleich starken Dritteln, dem Centrum, den Konservativen, den Liberalen.

Ergebnis der Wahlen.

Die wichtigste Frage, die ihn nach seinem Zusammentritt am 9. September beschäftigen mußte, war das Sozialistengesetz. Vorab wurde das Präsidium in alter Weise aus Forckenbeck, Stauffenberg und Hohenslohe gebildet und in einer Interpellation Mosles ein schmerzlicher Unfall, der die Flotte betroffen hatte, der Erörterung unterzogen, der Untergang des Panzerschiffes der Große Kursfürst, der am 31. Mai bei Folkestone mit 280 Mann Besatzung von einem anderen Panzer, dem König Wilhelm, in den Grund gebohrt war. Am 16. September be-

Das Sozialistengesetz.

gann sodann die Beratung des Sozialistengesetzes, dessen Fassung sich nicht unwesentlich von der früheren unterschied. Die sozialdemokratischen Bestrebungen, welche verfolgt werden sollten, wurden genauer als solche, die auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet seien, bezeichnet; den Vereinen, die unterdrückt werden sollten, wurden auch die genossenschaftlichen Kassen eingereiht; das Verbot sollte nicht vom Bundesrat, sondern von der Landespolizeibehörde ausgesprochen werden und Appellation an einen Bundesratsausschuß gestattet sein. Entsprechend war das Verfahren gegen sozialdemokratische Druckschriften geordnet. Die polizeilichen Befugnisse zur Auflösung oder Verhinderung von Versammlungen und Festlichkeiten, zur Beschlagnahme von Druckschriften, zur Schließung von Druckereien, Lesehallen, Wirtschaften wurden bedeutend erweitert; endlich sollte an solchen Orten, wo die öffentliche Sicherheit durch die Sozialdemokratie bedroht werde, durch die Landesbehörde mit Genehmigung des Bundesrates auf die Dauer eines Jahres der kleine Belagerungszustand verhängt werden dürfen, der das Recht zur Ausweisung gefährlicher Personen einschloß.

In ihren Grundzügen konnte diese Vorlage jetzt der Annahme sicher sein; denn außer den Konservativen war die ganze nationalliberale Partei und selbst einzelne Mitglieder der Fortschrittspartei dafür. Die wichtigste Änderung, die man in diesen Kreisen verlangte, war die zeitliche Begrenzung der Gültigkeit des Gesetzes auf die Dauer des eben gewählten Reichstages. Man hielt an der Ansicht fest, daß jedes Ausnahmegesetz nur als Notbehelf betrachtet werden könne und daß man danach streben müsse innerhalb einer reichlich bemessenen Frist auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung diejenigen Maßregeln zu vereinbaren, deren der Staat gegenüber den Umsturz Tendenzen der Sozialdemokratie bedürfe. Die Regierungen blieben dagegen bei der Auffassung, daß der Weg der Ausnahmegesetzgebung der grundsätzlich richtige sei und daß jede, vollends aber eine so knapp bemessene zeitliche Begrenzung die Wirksamkeit des Gesetzes von vornherein beeinträchtigen müsse.

Da die Verständigung über diese und andere Differenzpunkte nicht in der ersten Lesung herbeigeführt werden konnte, knüpfte sich das ganze Interesse derselben lediglich an die Mitteilungen Bebels über Bismarcks frühere Beziehungen zu der Sozialdemokratie und besonders zu Lasalle und an die Aufklärungen, welche der Kanzler deshalb gab. Wenn es danach als zweifellos erscheinen mußte, daß die sozialdemokratische Legende jene Beziehungen vielfach ausgeschmückt hatte, so blieb doch genug übrig um zu erkennen, wie viele Hoffnungen sich an das Entgegenkommen des preussischen Ministerpräsidenten geknüpft hatten und wie die Entwicklung der Sozialdemokratie dadurch begünstigt worden war. Praktische Bedeutung für die Gegenwart besaßen diese Erörterungen freilich nicht mehr. In der Kommission bildeten die Nationalliberalen in der Regel mit den Konservativen, bei einzelnen Änderungsvorschlägen mit der Fortschrittspartei und dem Centrum die Mehrheit. Die wichtigsten Anträge, die durchgingen, betrafen die Zusammensetzung der Appellationsinstanz

aus 4 B  
Andräng  
Vorsitzer  
bis zum  
Plenum  
Paragra  
missionsf  
Parteien  
das auch  
Vorbehal  
Verlänge  
am 19.

Sozial  
tischen  
ersteren  
Broschür  
wurde G  
und in  
stadt aus  
Kaiser d  
kratische  
Gesetzes  
gefordert  
diese We  
die Erge

Da  
demokrat  
allen G  
die Konf  
liberalem  
Belehrun  
Maßreg  
Lage der  
den Sch  
staltung  
bald ge  
schaftlich  
das 204  
Besonde  
glieder,  
Mehrheit  
liberalen  
band.  
mäßige  
Abshaff  
stützung

aus 4 Bundesratsmitgliedern und 5 richterlichen Beamten, denen auf Andringen der Regierung später noch ein vom Kaiser zu ernennender Vorsitzender hinzugefügt wurde, sowie die Bestimmung, daß das Gesetz nur bis zum 31. März 1881 gelten sollte. Bei der zweiten Lesung im Plenum führten die Gegensätze innerhalb der Majorität bei mehreren Paragraphen dahin, daß sowohl die Regierungsvorlage wie die Kommissionsfassung abgelehnt wurde. Neue Verhandlungen zwischen den Parteien ergaben dann aber bei der dritten Lesung ein Kompromiß, das auch von Bismarck angenommen wurde; doch machte er gleich den Vorbehalt, daß der Bundesrat nach Ablauf der Gültigkeitsdauer auf eine Verlängerung des Gesetzes antragen werde. Bei der Schlußabstimmung am 19. Oktober wurde es mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen.

Sofort begann dann überall die Unterdrückung der sozialdemokratischen Vereine und Zeitungen; bis Ende des Jahres waren von den ersteren 190, von den letzteren 60, und außerdem über 200 Bücher, Broschüren und Flugblätter verboten. Der kleine Belagerungszustand wurde Ende November, ehe der Kaiser zurückkehrte, über Berlin verhängt und in den nächsten Wochen etwa 60 Sozialdemokraten aus der Hauptstadt ausgewiesen. Zum Vorsitzenden der Appellationsinstanz berief der Kaiser den Minister des Inneren von Eulenburg. Das sozialdemokratische Zentralkomitee hatte schon einige Tage vor der Annahme des Gesetzes den Parteiverband äußerlich aufgelöst und die Genossen aufgefordert die persönliche Propaganda um so eifriger zu betreiben. Daß diese Weisung mit Eifer und Geschick befolgt wurde, sollten weiterhin die Ergebnisse der Reichstagswahlen nur zu deutlich lehren.

Daß man sich bei Zwangsmaßnahmen zur Unterdrückung der Sozialdemokratie nicht beruhigen dürfe, war während der Verhandlungen von allen Seiten hervorgehoben worden. Aber während das Centrum und die Konservativen dabei besonders auf die Kirche hinwiesen und die liberalen Parteien das Beste von der freien Vereinsthätigkeit und der Belehrung der Massen erwarteten, hatte die Regierung auch gesetzliche Maßnahmen zur Förderung des Erwerbslebens und zur Besserung der Lage der ärmeren Volksschichten in Aussicht gestellt und war dabei von den Schutzöllnern unterstützt worden, die am liebsten sofort die Umgestaltung des deutschen Zolltarifs beantragt hätten. Da die Session alsbald geschlossen werden sollte, begnügten sie sich damit für ihre wirtschaftliche Vereinigung neue Mitglieder zu werben und ihr Programm, das 204 Unterschriften, also die der Majorität, zählte, zu veröffentlichen. Besonders bedeutsam war es, daß beinahe das ganze Centrum, 87 Mitglieder, sich der Vereinigung angeschlossen hatte und dadurch mit der Mehrheit der Konservativen (75) und einer Minderheit der Nationalliberalen (27) sowie anderer Parteien sich zu gemeinsamem Wirken verband. Als Zielpunkte wurden neben Schutzöllnen für die Industrie mächtige Getreidezölle, eine Erhöhung des unbedeckten Notenumlaufes und Abschaffung der Differenzialtarife in Aussicht genommen. Der Unterstützung des Reichskanzlers war man im allgemeinen sicher; antwortete

Ausführung  
des Gesetzes.Die Schutz-  
öllner.

derselbe doch auf eine Anfrage Barmbüblers am 25. Oktober, daß der Bundesrat zwar über die künftige Zollpolitik noch keine Beschlüsse gefaßt habe, daß aber er persönlich die Absicht hege eine umfassende Revision des Zolltarifes herbeizuführen und fernerst keine neuen Handelsverträge mit Konventionaltarifen abzuschließen.

Die Heidelberger Konferenz.

Vorbereitende Schritte in dieser Richtung waren schon während des Sommers getroffen worden. So hatte der Bundesrat Enqueten über die Lage der Eisen- und Textilindustrie angeordnet, deren Ausfall die Forderung von Schutzzöllen unterstützen sollte. Außerdem hatten Anfang August in Heidelberg Konferenzen deutscher Finanzminister unter dem Vorsitze von Hofmanns stattgefunden, auf denen eine Vermehrung der indirekten Abgaben für unabweislich erklärt worden war. Schutzöllnerische Gesichtspunkte waren dabei allerdings nicht maßgebend gewesen, da es den Finanzministern vor allem darauf ankam Geld zu erhalten, während die Schutzöllner ihr Ziel um so vollkommener erreichten, je mehr durch die Höhe der in Aussicht genommenen Zölle die Einfuhr verhindert und somit der Ertrag vermindert wurde. Allein in den maßgebenden Kreisen wurde dem inneren Gegensatz zwischen Finanz- und Schutzzöllen offenbar kein so erhebliches Gewicht beigemessen und der Reichskanzler persönlich glaubte sogar in der Rückkehr zu der allgemeinen Zollpflicht der gesamten Einfuhr eine Art von Bindeglied zwischen den beiden entgegengesetzten Prinzipien der Zollgesetzgebung zu finden. Schon am 12. November richtete er an den Bundesrat ein Schreiben, worin er neben den finanziellen Bedürfnissen des Reiches auch den Wunsch den vaterländischen Erzeugnissen in erhöhtem Maße die Versorgung des deutschen Marktes vorzubehalten geltend machte und die Niedersetzung einer Kommission von Sachverständigen beantragte, welche dem Bundesrate Vorschläge zur Revision des Zolltarifes, mit Ausnahme der in Heidelberg bereits erledigten Finanzartikel, unterbreiten sollte. Ohne sich die Motive dieses Schreibens ausdrücklich anzueignen beschloß der Bundesrat am 12. Dezember die Niedersetzung einer Kommission von 15 Mitgliedern, von denen der Reichskanzler und Preußen je drei, Bayern zwei, sieben andere Staaten je eins zu ernennen hatten. Bismarck erließ nun sofort am 15. Dezember ein zweites Schreiben an den Bundesrat, in dem er seine neuen wirtschaftlichen Theorien ausführlicher darlegte. In erster Linie betonte er auch jetzt wieder die finanzielle Reform. Deutschland sei in der Ausbildung des indirekten Steuersystems zurückgeblieben; die direkten Steuern lasteten besonders schwer auf dem Mittelstande etwa bis zu der Grenze eines Einkommens von 6000 Mark. Um hier wirksamer Erleichterung zu schaffen müsse man den Zolltarif auf möglichst breiter Grundlage revidieren und zu dem Prinzip der Zollpflichtigkeit der gesamten Einfuhr, wie es bis 1865 bestanden habe, zurückkehren, wobei dann für unentbehrliche Rohstoffe Ausnahmen statuiert werden könnten. Die Eingangsabgabe müsse nach dem Wert der Waren, unter Zugrundelegung verschiedener Prozentsätze je nach dem Bedürfnis der einheimischen Produktion, abgestuft

Programm des Reichskanzlers.

werden.  
etwa 140  
tionen be  
volkswirt  
es dahin  
internatic  
solange  
gaben, er  
sich in  
Beforgni  
geringe  
enthalte  
nahme b  
man der  
ländischer  
teilnehme  
namentli  
werden  
eintrete.  
Artikeln,  
werde d  
dies sei  
Gründen  
besonder  
der Eise  
auf die  
der wir  
die Har  
leben d  
sätze bel  
M  
handel  
grüßt,  
von sel  
Tarifto  
ihren g  
politisch  
Vereini  
zelne u  
überwie  
immer  
ein ent  
schon v  
willig  
Landwi  
müsse

werden. Bei einem Durchschnittssatz von 5% und einer Einfuhr von etwa 1400 Millionen Mark ergebe das eine Mehreinnahme von 70 Millionen bei unbedeutender Vermehrung der Erhebungskosten. Auch in volkswirtschaftlicher Beziehung empfehle sich dieses System. Er lasse es dahingestellt, ob ein Zustand vollkommener gegenseitiger Freiheit des internationalen Verkehrs dem Interesse Deutschlands entsprechen würde; solange aber die meisten anderen Länder sich mit Zollschranken umgäben, erscheine es ihm im wirtschaftlichen Interesse der Nation geboten sich in der Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse nicht durch die Besorgnis einschränken zu lassen, daß deutsche Produkte dadurch eine geringe Bevorzugung vor ausländischen erfahren könnten. Schon jetzt enthalte der Tarif einzelne mäßige Schutzzölle, die, weil sie eine Ausnahme bildeten, Anstoß erregten; das werde nicht der Fall sein, wenn man der gesamten inländischen Produktion einen Vorzug vor der ausländischen gewähre; alle produzierenden Kreise würden an dem Gewinn teilnehmen und die lediglich konsumierende Minderheit der Bevölkerung, namentlich der Beamtenstand, werde von der Gesamtheit entschädigt werden können, wenn wirklich eine Preiserhöhung der Lebensbedürfnisse eintrete. Doch sei letzteres keineswegs wahrscheinlich; denn bei allen Artikeln, die das Inland selbst in beträchtlichem Umfange hervorbringe, werde das Ausland den Zoll ganz oder teilweise tragen müssen. Überdies seien diese Waren viel größeren Preisschwankungen aus anderen Gründen ausgesetzt, so daß der geringe Zoll nicht ins Gewicht falle; besonders wies der Kanzler in dieser Beziehung auf die Differenzialtarife der Eisenbahnen hin, die gleichfalls revidiert werden müßten: es könne auf die Dauer den einzelnen Bahnen nicht die Berechtigung verbleiben der wirtschaftlichen Gesetzgebung des Reiches Konkurrenz zu machen, die Handelspolitik desselben zu neutralisieren und das wirtschaftliche Leben der Nation durch Einfuhrprämien in Gestalt verminderter Frachtsätze beliebigen Schwankungen auszusetzen.

Mit diesem Manifeste hatte der Kanzler endgültig mit dem Freihandel gebrochen und sich, von dem lauten Jubel der Schutzzöllner begrüßt, als Vorkämpfer an deren Spitze gestellt. Es verstand sich nun von selbst, daß die sechs Vertreter Preußens und des Reiches in der Tarifkommission unbedingte Schutzzöllner waren, und die Lage fand ihren getreuen Ausdruck darin, daß Bismarck den Vorsitz seinem alten politischen Gegner Barnbüler, dem Präsidenten der freien wirtschaftlichen Vereinigung übertrug; Freihändler waren in der Kommission nur einzelne und diesen wurden die minder wichtigen Positionen zur Bearbeitung überwiesen. In der öffentlichen Meinung aber vollzog sich nun, wie immer wenn Bismarck eine neue Idee vertrat, mit großer Schnelligkeit ein entschiedener Wechsel der Ansichten, dem die Großindustrie ja längst schon vorgearbeitet hatte und jetzt in geschickter Weise nachhalf. Bereitwillig gingen ihre Vertreter auf den Gedanken ein, daß man auch der Landwirtschaft durch Getreidezölle ihren Anteil an dem Gewinne gönnen müsse und bald mehrten sich die Zeichen, daß auch der große Grund-

Die Tarifkommission.

Die Getreidezölle.

besitz den Prinzipien des Freihandels untreu wurde. Auch Gegenfundegebungen blieben freilich nicht aus. Delbrück wies in einer Broschüre über die Getreidezölle nach, daß diese den Preis auch der inländischen Produktion nahezu um den Zollbetrag steigern und daher die Lebensmittel bedeutend verteuern würden; die freihändlerischen Handelskammern hielten im Februar 1879 einen Delegiertentag in Berlin um gegen den allgemeinen Eingangszoll, gegen Ausfuhrzölle und Durchgangsabgaben zu protestieren; die Provinziallandtage von Ost- und Westpreußen wiesen auf die schwere Schädigung hin, die ihre Provinzen durch die Zölle auf Getreide, Holz, Kohlen und Eisen erleiden würden. Aber der Widerspruch, der sich so kundgab, war doch nicht stark genug um erheblichen Eindruck zu machen. Die Tariffkommission setzte ihre Arbeiten im ganzen im Sinne des Reichskanzlers fort, und als sie Ende März ihre Vorlage vollendet hatte, genehmigte der Bundesrat sie mit einem Zusatz, der ihn zur Verdoppelung der vorgeschlagenen Zollsätze gegenüber solchen Staaten, welche die deutsche Einfuhr besonders ungünstig behandelten, ermächtigte.

Kampf der  
Schutz- und  
Finanzzöllner.

Noch ehe das neue Tarifgesetz dem Reichstag wirklich vorgelegt wurde, machte sich innerhalb der Mehrheit desselben der Gegensatz zwischen den Schutzzöllnern und denen, welche zunächst nur die Finanzzölle zu genehmigen Reigung hatten, bemerklich. Den Kern der ersten Gruppe bildete das Centrum, den der zweiten die Nationalliberalen. Von vornherein hatten jene bei ihrer größeren Geschlossenheit und der starken Unterstützung, die sie aus den anderen Fraktionen erwarten konnten, die beste Aussicht zu siegen. Triumphierend verkündete die Germania, daß die „Heloten des Parlamentes“, die „Fraktion Kullmann“, jetzt die ausschlaggebende Partei geworden sei. Weit entfernt davon die Regierung durch die Bewilligung der ergiebigen Finanzzölle stärken zu wollen, gedachte das Centrum vorerst nur die Schutzzölle zu genehmigen, an denen seine Wähler das größte Interesse zeigten, und die Finanzzölle nur dann zu gewähren, wenn die Regierung in dem Kulturkampfe ihnen nachgebe. Unterstützt wurde diese Politik dadurch, daß die öffentliche Meinung sich auch in anderen Kreisen weit mehr für die Schutzzölle und ihre vermeintlichen Wunderwirkungen als für die Finanzzölle und die Beseitigung der Matrikularbeiträge interessierte. Von Woche zu Woche steigerte sich die Agitation und ergriff neben den Industriebezirken immer stärker auch die ländliche Bevölkerung, die mit den geringen Zollsätzen der Tariffkommission für landwirtschaftliche Produkte keineswegs zufrieden war. Einer der thätigsten Agrarier, der Freiherr von Thüngen-Rosbach, wandte sich endlich an den Reichskanzler um eine Steigerung der Zollsätze zu erbitten. „Bleibt unser Bemühen jetzt erfolglos,“ so schrieb er, „dann wird die deutsche Landwirtschaft langsam aber sicher zu Grunde gehen. Der ländliche Mittelstand wird verschwinden, die reichen Kapitalisten kaufen sich für wenig Geld große Latifundien und treiben Weidewirtschaft; der Bauer wird wieder, was er vor 2000 Jahren war, Hirte; ein Teil wandert aus,

Die Agrarier.

der Rest  
die mit  
daß der  
durchaus  
seinen G  
ihren Wi  
licher tra  
finanziell  
getreten  
National  
Bei  
Bismarck  
Reich ein  
freigebig  
nach, wi  
stelle, in  
und Gen  
dann ka  
sprechen  
land sei  
worden  
und auch  
Schutz  
gleichen  
Das Erg  
die zwei  
zölle zu  
zöllner.  
rung un  
wie Get  
Plenum  
Sieg de  
die für  
war für  
darüber  
des Rog  
17. Ma  
und W  
Hobrech  
klärt h  
der An  
da er  
20. Ma  
später  
darauf  
Präsi

der Rest wird Sozialdemokrat, und die soziale Revolution ist fertig, die mit dem Cäsarismus endet.“ Es erregte doch einige Verwunderung, daß der Kanzler auf diese maßlosen Übertreibungen am 16. April 1879 durchaus zustimmend antwortete und Herr von Thüngen den Rat gab seinen Einfluß dahin zu verwenden, daß die süddeutschen Regierungen ihren Widerstand gegen höhere Zollsätze aufgeben müßten. Immer deutlicher trat es zu Tage, daß bei dem Kanzler der anfänglich leitende finanzielle Gesichtspunkt an Bedeutung hinter dem wirtschaftlichen zurückgetreten sei, daß er im Grunde also dem Centrum näher stehe als den Nationalliberalen, die ihm nur die Finanzzölle zu bewilligen bereit waren.

Bei der ersten Beratung der Tarifvorlage am 2. Mai 1879 betonte Bismarck allerdings wieder vorwiegend den Übelstand, daß jetzt das Reich ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten sei, während es ihr freigebiger Versorger sein könnte und wies im einzelnen an Preußen nach, wie dasselbe durch Mittel, welche das Reich ihm zur Verfügung stelle, in den Stand gesetzt werden könnte die Grundsteuer den Kreisen und Gemeinden zu überweisen und die Klassensteuer zu erleichtern. Aber dann kam er doch auch eingehend auf die wirtschaftlichen Gründe zu sprechen und verfocht die Berechtigung gemäßigter Schutzzölle: Deutschland sei die Ablagerungsstätte der Überproduktion des Auslandes geworden und verblute, während alle Länder mit Schutzzöllen prosperierten und auch das freihändlerische England in wenigen Jahren wieder beim Schutz Zoll angekommen sein werde. Noch schärfer sprach er sich im gleichen Sinne bei einer heftigen Replik auf eine Rede Lasfers aus. Das Ergebnis der Abstimmung war eine Niederlage der Nationalliberalen, die zwei verschiedene Kommissionen für die Finanz- und für die Schutzzölle zu wählen beantragt hatten, während Löwe namens der Schutzzöllner, unterstützt vom Centrum und den Konservativen, mit der Forderung nur einer Kommission siegte; für einige besonders wichtige Artikel wie Getreide, Vieh, Holz, Eisen wurde jedoch sofortige Beratung im Plenum beschlossen. Gleich die erste Abstimmung ergab einen glänzenden Sieg der Schutzzöllner: mit 218 gegen 88 Stimmen wurden am 16. Mai die für Eisen vorgeschlagenen Sätze bewilligt. Eine ähnliche Mehrheit war für die Getreidezölle zu erwarten; dennoch sah man der Debatte darüber mit Spannung entgegen, weil die Agrarier die Verdoppelung des Roggenzolls (1 Mark statt 50 Pf.) verlangten. Dazu kam, daß am 17. Mai in Berlin die Vertreter von 72 Städten sich gegen Getreide- und Viehzölle ausgesprochen und bei dem Festbankett Forckenbeck, Hobrechts Nachfolger als Oberbürgermeister von Berlin, sich bereit erklärt hatte an die Spitze einer Antikornzollliga zu treten, zugleich mit der Andeutung, daß er den Vorsitz im Reichstage niederzulegen gedenke, da er sich im Widerspruch mit der Majorität befinde. Schon am 20. Mai führte er diesen Vorschlag aus und Stauffenberg folgte drei Tage später seinem Beispiel. Centrum und Konservative verständigten sich darauf untereinander und wählten den Konservativen von Seydewitz zum Präsidenten, den ultramontanen Freiherrn von Franckenstein zum ersten

Die Zoll-  
behalte.

Sieg der  
Schutzzöllner.

Der Berliner  
Städtetag.

Das Reichs-  
tagspräsidium.

Vizepräsidenten, wodurch die veränderte parlamentarische Lage ihren getreuen Ausdruck erhielt.

Die Zoll-  
debatte.

Bei der Abstimmung über die Getreidezölle, am 23. Mai, unterlagen jedoch die Agrarier mit 173 und 161 Stimmen, während die Sätze der Bundesratsvorlage mit 226 gegen 109 Stimmen angenommen wurden. Dadurch geriet die anscheinend so starke Mehrheit doch noch einmal ins Schwanken. Die Agrarier drohten bei der dritten Lesung gegen die Eisenzölle zu stimmen, wenn man ihnen nicht willfahre, und erzielten dadurch wirklich das Versprechen, daß ihrem Verlangen Genüge geleistet werden solle; als Gegengabe sagten sie einige weitere Erhöhungen der Zollsätze für Eisenwaren zu. Unter den übrigen Tarifpositionen waren wohl auch noch einzelne, z. B. die der Baumwollgarne, bei denen die widerstreitenden Interessen innerhalb der Mehrheit aneinander gerieten; aber da es doch nur kleinere Gruppen waren, die sich bekämpften, konnte dadurch der letzte Ausgang nicht beeinflusst werden. Anders stand es mit den sog. Finanzzöllen auf Petroleum, Kaffee u. s. f. und mit der Tabaks- und Brausteuer vorlage. Die letztere schied jedoch mehr und mehr aus der Diskussion aus, da keine Partei sie wünschte.

Die Tabaks-  
besteuerung.

Um den Tabak aber wurden heiße Kämpfe geführt. Die Enquete-Kommission, welche der Bundesrat 1878 eingesetzt hatte, war dem Monopol von vornherein abgeneigt gewesen, hatte aber die Einführung der amerikanischen Fabriksteuer ernstlich ins Auge gefaßt und dieselbe durch einen Unterausschuß an Ort und Stelle prüfen lassen. Das Ergebnis war doch dahin gegangen, daß auch dieses System sich für Deutschland nicht eigne, und daß man deshalb lediglich eine Erhöhung der bisherigen Gewichtsteuer befürworten könne. Auf Grund des in diesem Sinne erstatteten Berichtes war dann in den Bundesratsausschüssen ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet worden, der den inländischen Tabak mit 80, den ausländischen mit 120 Mark für den Doppelcentner belastete, daneben aber auch eine Lizenzsteuer vorschlug und die Erhebung einer Nachsteuer anordnete. Die beiden letzten Bestimmungen wurden nun in der Reichstagskommission einfach gestrichen, die Zoll- und Steuersätze aber auf 45, bezw. 85 Mark heruntergesetzt und in dieser Höhe am 7. Juli auch vom Plenum genehmigt. Auch über den Petroleum- und Kaffeezoll einigte sich die konservativ-ultramontane Mehrheit. Allein all diese Beschlüsse waren doch nur unter der Voraussetzung gefaßt, daß der

Die konstitutionellen  
Bedingungen.

Kanzler gewissen konstitutionellen Bedingungen, welche das Centrum stellte, sich anbequeme. Diese bestanden ursprünglich darin, daß ein gewisser Teil der Zölle (man einigte sich später dahin, daß es die Summe sein solle, welche über 130 Millionen eingenommen werde) an die Einzelstaaten verteilt, und daß die Abgabe von Salz und einige andere Zölle jährlich durch das Budget festgestellt werden solle. Auch die Nationalliberalen waren bereit die Finanzzölle unter ähnlichen Bedingungen zu bewilligen: sie wollten die Belastung von Salz und Kaffee jährlich vom Reichstag bestimmen lassen und etwaige Überschüsse im Reichshaushalt den Einzelstaaten budgetmäßig zuwenden. Daß ein er-

heblicher  
war doch  
gezahlt w  
beiträge z  
Überschü  
Entscheid  
oder der  
wenn er  
derben; e  
auf die j  
Die Nati  
der Schu  
und Kon  
denn nich  
warf und  
Es gesche  
seine Stin  
nannte u  
abbrach.  
Lesung u  
der Reich

Die  
bleiben.  
Hobrecht  
des Kan  
erbaten i  
staatssek  
Puttkame  
wirtschaft  
Präsident  
Oberleit  
Geh. Ra  
Direktor  
wurden i

Aus  
bedingt n  
Völk, S  
Lage so  
zum Lan  
natürlich  
Windtho  
förmliche  
phierend  
Der Rüc  
Ein  
die besse

heblicher Unterschied zwischen den beiden Vorschlägen bestanden hätte, war doch nicht nachzuweisen: was das Centrum den Einzelstaaten ausbezahlt wissen wollte, mußten diese ja auf Erfordern als Matrikularbeiträge zurückerstatten, so daß sie in beiden Fällen nur die wirklichen Überschüsse des Reichsbudgets behielten. Dennoch war es eine wichtige Entscheidung, ob der Kanzler sich der Formulierung der Nationalliberalen oder der des Centrum's anschließen werde. Das letztere konnte ihm, wenn er es abwies, doch immer noch die Annahme der Schutzzölle verderben; es ließ sich aber außerdem auch durch die Konservativen bewegen auf die jährliche Feststellung der Abgabe von Salz u. s. f. zu verzichten. Die Nationalliberalen dagegen konnten keine Gewähr für die Annahme der Schutzzölle bieten und waren überhaupt machtlos, wenn Centrum und Konservative mit ihrem Anhang zusammenhielten. So war es denn nicht überraschend, daß Bismarck den Bennigsen'schen Antrag verwarf und sich mit der Frankenstein'schen Klausel einverstanden erklärte. Es geschah dies am 9. Juli 1879 in einer Rede, in welcher der Kanzler seine Stimmung gegen die Nationalliberalen „kühl bis ans Herz hinan“ nannte und die Verbindung mit ihnen für den Augenblick wenigstens abbrach. In den nächsten Tagen wurde dann der Zolltarif in dritter Lesung unter Verdoppelung der Roggenzölle genehmigt, und am 12. Juli der Reichstag geschlossen.

Annahme der  
Frankenstein'schen  
Klausel.

Diese Vorgänge konnten nicht ohne mannigfache Rückwirkungen bleiben. Die Minister, welche den Nationalliberalen nahe standen, Hobrecht, Falk und Friedenthal, erkannten, daß die enge Verbindung des Kanzlers mit dem Centrum ihre Stellung unmöglich mache. Sie erbaten ihren Abschied und der König übertrug am 5. Juli dem Unterstaatssekretär von Bitter die Finanzen, am 14. dem Oberpräsidenten von Puttkamer den Kultus und dem Rittergutsbesitzer von Lucius die Landwirtschaft. Das Handelsministerium übernahm von Hofmann neben dem Präsidium im Reichskanzleramt; dafür wurde das Reichsschatzamt seiner Oberleitung entzogen und direkt dem Kanzler unterstellt, während der Geh. Rat Scholz zum Unterstaatssekretär, der Geh. Rat Burchard zum Direktor in demselben ernannt wurde. Die Reichseisenbahnen im Elsaß wurden der Leitung des preußischen Ministers von Maybach unterstellt.

Ministerwechsel.

Aus der nationalliberalen Partei schieden 16 Mitglieder, die unbedingt mit Bismarck zusammenhalten wollten, aus, unter ihnen Treitschke, Böck, Schauß und Wehrenpfennig. Bennigsen selbst war mit der neuen Lage so unzufrieden, daß er erklärte bei den bevorstehenden Wahlen zum Landtag kein Mandat annehmen zu wollen. Sehr befriedigt war natürlich das Centrum: Anfangs Mai hatte man zum ersten Mal Windthorst in einer Bismarck'schen Soirée gesehen, und wenn er kein förmliches Tauschgeschäft mit ihm abschloß, so durfte er doch triumphierend versichern, daß seine Partei auf die Logik der Thatsachen rechne. Der Rücktritt Falks war die erste reife Frucht, die ihr in den Schoß fiel.

Spaltung der  
nationallibera-  
len Partei.

Triumph des  
Centrum's.

Eine Annäherung an das Centrum war der deutschen Politik durch die besseren Beziehungen, in welchen sie seit Pius IX. Tode zu der

Die Regierung  
und der Papst.

Kurie stand, wesentlich erleichtert. Ihren Ausgang hatten dieselben von dem Schreiben genommen, durch welches Leo XIII. am 20. Februar 1878 dem Kaiser seine Wahl anzeigte. Da in demselben die Treue hervorgehoben war, welche die Katholiken der Obrigkeit zu erweisen durch ihren Glauben verpflichtet seien, gab der Kaiser in seiner Antwort vom 24. März der Hoffnung Ausdruck, daß der Papst auch den Klerus zum Gehorsam gegen die Gesetze anhalten werde. Leo XIII. sprach darauf in einem zweiten Briefe vom 17. April den Wunsch aus, daß an diesen Gesetzen Änderungen vorgenommen werden möchten, und richtete auch aus Anlaß der Attentate ein teilnehmendes Schreiben an den Kaiser. Die Beantwortung desselben fiel dem Kronprinzen als Stellvertreter seines Vaters zu und dieser lehnte am 10. Juni Änderungen der preussischen Gesetze nach den Satzungen der katholischen Kirche ab, da die Unabhängigkeit der Monarchie dadurch eine Minderung erfahren würde; wenn es aber auch nicht in seiner und vielleicht auch nicht in des Papstes Macht liege, den Prinzipienstreit, der seit einem Jahrtausend ausgefochten werde, zu schlichten, so sei er doch gern bereit die vorhandenen Schwierigkeiten in versöhnlichem Geiste zu behandeln. Eine weitere Bemerkung des Briefes, daß vertrauliche Erörterungen die Möglichkeit gewähren könnten auf den schriftlichen Ausdruck prinzipieller Gegensätze zu verzichten, veranlaßte dann den Staatssekretär Franchi den Nuntius in München, Masella, Ende Juli zu einer Besprechung mit Bismarck nach Kissingen zu senden. Wenn diese auch noch zu keiner Verständigung führte und der versöhnliche Franchi obendrein am 1. August plötzlich starb, so ließ doch auch sein Nachfolger Nina den aufgenommenen Faden nicht wieder fallen. Das Centrum zeigte sich dabei sehr zurückhaltend. Wenn Windthorst auch gelegentlich erklärte, daß es einem Abkommen zwischen der Kurie und der Regierung selbst dann sich fügen würde, wenn erstere größere Zugeständnisse mache, als das Centrum wünsche, so betonte dafür die Germania gleichzeitig, daß ihre Partei jetzt doch jedenfalls werde, was sie nach der Behauptung der Gegner früher nicht gewesen: eine politische Partei, die nach wie vor für Wahrheit, Recht und Freiheit kämpfen werde. Nur zur Erweiterung der bestehenden Klust hatte es dienen können, wenn Windthorst die Wiederherstellung der aufgehobenen Verfassungsparagraphen und die Sistierung der Ausführung des Klostergesetzes beantragte: Falk trat dem in seiner großen Rede vom 11. Dezember 1878 entgegen und verteidigte von neuem seinen Standpunkt, daß die Beseitigung etwa vorhandener Härten in der Gesetzgebung erst dann in Angriff genommen werden könne, wenn der kirchliche Friede garantiert sei. Die Folge war, daß die Ultramontanen den Kampf gegen den Minister nachdrücklich fortsetzten ohne den friedlichen Ermahnungen, welche Leo XIII. in einem Breve an Melchers vom 24. Dezember 1878 aussprach, Rechnung zu tragen. Gleichwohl würden sie ihr nächstes Ziel, die Beseitigung des Ministers, schwerlich erreicht haben, wenn nicht die wirtschaftlichen Fragen ihr Bündnis mit den Konservativen und dem Kanzler herbeigeführt hätten. Unmöglich

Brief des Kronprinzen.

Die Kissingener Besprechungen.

Das Centrum.

konnte Fal  
auf die be  
lag. Sein  
daß er in  
Zunächst  
Einfluß d  
betonte da  
Beteiligun  
ließ er nie  
von Bism  
Kissingen  
deutsch-öste  
sprechunge  
in Wien b  
wurde der  
Zwecke der  
ständiger  
zeln zu  
träglich b  
betrachte.  
Puttkamer  
modus vi  
brochen.  
auf dem  
nachdrückl  
auf dem  
Daraufhin  
unerheblich  
bruar 188  
vor der k  
preussische  
die Bedeu  
struktionen  
festangeste  
es zunäch  
lassen, da  
für die  
den versü  
Wie gere  
widerte,  
Pfarrer g  
eine Begr  
Revision  
bestimmt  
halten; i  
schon im

konnte Fall in der Regierung verbleiben, wenn diese sich ganz und gar auf die beiden Parteien stützte, mit denen er in unaufhörlichem Streite lag. Sein Nachfolger Buttkeamer machte denn auch kein Hehl daraus, daß er in wesentlichen Punkten eine neue Politik einschlagen werde. Zunächst gab er durch Reden und Erlasse zu verstehen, daß er den Einfluß der Geistlichen auf die Schule wieder zu verstärken wünsche, betonte dabei aber doch, daß der Staat allein das Maß der kirchlichen Beteiligung zu bestimmen habe. Von einer Revision der Maigesetze ließ er nichts verlauten, da in dieser Richtung das entscheidende Wort von Bismarck kommen mußte. Dieser erneuerte im September 1879 in Kissingen und einige Tage später in Wien, wohin er zum Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses gegangen war, seine vertraulichen Besprechungen mit einem päpstlichen Nuntius, und zwar diesmal mit dem in Wien beglaubigten Jacobini. Mit der Fortführung der Verhandlungen wurde der Botschafter in Wien Prinz Reuß betraut und ihm zu diesem Zwecke der vortragende Rat im Kultusministerium Hübler als Sachverständiger zur Seite gestellt. Es handelte sich zunächst darum im einzelnen zu bestimmen, welche Punkte der Maigesetze die Kirche als unerträglich bezeichne und inwieweit der Staat dieselben als unentbehrlich betrachte. Zur großen Enttäuschung der Regierung gelang es aber, wie Buttkeamer später im Landtage mitteilte, schlechterdings nicht einen modus vivendi zu finden, und die Verhandlungen wurden endlich abgebrochen. Dennoch fuhr der Minister fort den ultramontanen Wünschen auf dem Verwaltungswege thunlichst entgegenzukommen, versicherte aber nachdrücklich, daß der Ausgleich, wenn er überhaupt gelingen sollte, nur auf dem Boden der preussischen Landesgesetzgebung stattfinden könne. Daraufhin kam der Papst einen, wie es zunächst wenigstens schien, nicht unerheblichen Schritt entgegen, indem er in einem Breve vom 24. Februar 1880 ankündigte, er werde dulden, daß die Bischöfe die Priester vor der kanonischen Einsetzung der Regierung namhaft machten. Das preussische Ministerium nahm davon mit Befriedigung Kenntnis; da aber die Bedeutung des Zugeständnisses wesentlich von den weiteren Instruktionen und besonders von der Frage, ob alle Priester oder nur die festangestellten zur Anzeige gebracht werden sollten, abhing, so beschloß es zunächst am 17. März nur dem Papste durch Jacobini mitteilen zu lassen, daß es sich von der Landesvertretung außerordentliche Vollmachten für die Handhabung der kirchlichen Gesetzgebung erbitten werde, sobald den versöhnlichen Absichten Sr. Heiligkeit praktische Folge gegeben sei. Wie gerechtfertigt diese Vorsicht war, zeigte sich, als der Nuntius erwiderte, daß der Papst die Anzeigepflicht nur für die unabsehbaren Pfarrer gewähren könne, und daß er vor Erlaß der näheren Instruktionen eine Begnadigung der verurteilten Geistlichen und das Versprechen einer Revision der Maigesetze erwarte. Das lehnte Bismarck am 4. April bestimmt ab: die Regierung gedenke gleichen Schritt mit der Kurie zu halten; in der Praxis sei sie durch Buttkeamers schonende Verwaltung schon im Vorsprunge; ehe die päpstliche Instruktion nicht ergangen sei,

Buttkamer.

Die Konferenzen in Wien.

Scheinbare Annäherung.

könnten weitere Zugeständnisse wie die Forderung der diskretionären Vollmachten oder die Wiederherstellung der preußischen Gesandtschaft beim Vatikan nicht erfolgen. Statt jene Vollmachten zu erbitten die Gesetze selbst aufzuheben, also statt bloß abzurüsten die Waffen zu vernichten sei, wie es in einer anderen Note hieß, eine große Thorheit, die ihm zuzutrauen er durch keine Äußerung Anlaß gegeben habe; höchstens die Rückkehr zu der Gesetzgebung vor 1840, keineswegs die zu der von 1840—70, habe er gelegentlich für annehmbar erklärt; sein Vertrauen in die friedlichen Absichten der Kurie aber werde tief erschüttert durch die Haltung des Centrums, das jetzt wieder in allen Fragen Opposition mache und mit Sozialdemokraten, Polen und Welfen — oder wie es in einem von Hohenlohe gezeichneten Erlaß vom 5. Mai sogar hieß: mit den sozialistischen und fortschrittlichen Republikanern — zusammengehe. Da die Kurie auf diese Beschwerde nur die alte Antwort hatte, daß sie auf die politische Haltung des Centrums keinen Einfluß besitze, und da sie außerdem die Zusagen des Breves vom 24. Februar für erloschen erklärte, wenn die Regierung dafür nichts anderes als die diskretionären Gewalten zu bieten habe, so wurden die Verhandlungen Mitte Mai abermals ergebnislos abgebrochen.

Abbruch der Verhandlungen.

Die diskretionären Vollmachten.

Ein scheinbarer Widerspruch war es, daß Bismarck nun doch vom Landtage die diskretionären Gewalten forderte; aber doch nur ein scheinbarer: denn was er dem Papste als Gegenleistung geboten, war ja die Anwendung dieser Gewalten, und die blieb, auch nachdem jene ihm vom Landtage erteilt waren, immer noch in seiner Hand; es ließ sich sogar erwarten, daß die Regierung, wenn sie die erlangten Vollmachten nicht mehr zu erbitten brauchte, sondern wirklich besaß, dieselben weit erfolgreicher verwerten könne. Andererseits hätte man den katholischen Agitatoren einen Trumpf in die Hände gegeben, wenn man eine Maßregel zur Behebung der kirchlichen Notstände zwar als Gegenleistung an die Kurie für zulässig erklärt, den eigenen notleidenden Unterthanen aber verweigert hätte. Ganz anders lag die Sache freilich für die Parteien im Landtage, die den Weg der diskretionären Gewalten aus verschiedenen Gründen verwerfen konnten: das Centrum, weil es darin den Versuch einer Demoralisation der Geistlichkeit erblicken mochte, der, wie man sagte, die Wahl zwischen Peitsche und Zuckerbrot gestellt werde; die Anhänger der Falkschen Gesetzgebung, weil sie jede Durchlöcherung derselben mißbilligten; der Opposition aller Schattierungen, weil sie nur einer Regierung, der sie volles Vertrauen schenkten, die Ermächtigung Gesetze auszuführen oder nicht auszuführen erteilen durfte.

Die Landtagswahlen.

Der Landtag, welchem die Regierung ihre Vorlage zu machen hatte, war im Oktober 1879 neu gewählt worden und zeigte eine wesentlich andere Zusammensetzung als der vorhergehende. Die Nationalliberalen hatten von 168 Sitzen 63, die Fortschrittspartei von 63 gar 29 eingebüßt, die Wilden waren von 21 auf 14 zurückgegangen; von diesen verlorenen 99 Sitzen hatten die Konservativen 73 gewonnen und zählten 115 Mitglieder; die Freikonservativen waren von 35 auf 50 gestiegen,

das Centrum  
montanen  
Polen mit  
wenn sie  
schmeichel  
können, a  
wurden sic  
Centrum v  
sidenten, z  
den Ultra  
dem Verla  
wie kaum  
ob von de  
alle konnt  
gingen un  
ließen sich  
zerstörten  
mächtig  
weiser da,  
gesetzlich  
Mangel a  
von den  
drittens e  
zu mildern  
besonders  
des Ober  
lassungen  
an die S  
zur Beklei  
Bei  
Centrum  
zustimmen  
stärkste  
Buttkame  
missionsb  
verworfen  
gelehnt.  
vorlage  
mit der  
pflicht an  
daß eine  
sei; aber  
das ganz  
daraus  
National  
bleibe, g

das Centrum von 89 auf 96, die Polen von 15 auf 19. Die Ultramontanen und Konservativen besaßen zusammen die Mehrheit, wenn die Polen mit ihnen stimmten; die Nationalliberalen und Konservativen, wenn sie mit den Freikonservativen sich verständigten. Die letzteren schmeichelten sich deshalb anfangs eine maßgebende Rolle spielen zu können, allein schon bei der Wahl des Präsidenten am 30. Oktober wurden sie beiseite geschoben, indem die Konservativen sich mit dem Centrum verbanden und statt Bennigsen's Herrn von Köller zum Präsidenten, zu Vizepräsidenten aber den Nationalliberalen von Benda und den Ultramontanen von Heereman wählten. Wenn Bismarck nun mit dem Verlangen diskretionärer Vollmachten hervortrat und das Centrum, wie kaum bezweifelt werden konnte, dieselben verwarf, so fragte es sich, ob von den Freikonservativen und Nationalliberalen so viele (denn auf alle konnte man keinesfalls rechnen) mit den Konservativen zusammengehen um eine Mehrheit herzustellen. Die Forderungen der Regierung ließen sich unter drei Gesichtspunkte ordnen: sie wünschte erstens die zerstörten Diözesanverwaltungen dadurch wiederherzustellen, daß sie ermächtigt würde abgesetzte Bischöfe wieder einzusetzen und Bistumsverweiser da, wo der Bischof gestorben war, unter Dispensation von dem gesetzlich erforderlichen Treueid anzuerkennen; zweitens wollte sie dem Mangel an Geistlichen dadurch abhelfen, daß sie das Recht beanspruchte von den gesetzlichen Bedingungen der Vorbildung Abstand zu nehmen; drittens endlich gedachte sie gewisse Härten der bisherigen Gesetzgebung zu mildern, indem sie die Verfolgung einer Reihe von Gesetzesverletzungen, besonders der unbefugten seelsorgerischen Thätigkeit, von dem Antrage des Oberpräsidenten abhängig machte, die Errichtung neuer Niederlassungen von Krankenpflegeorden in das Ermessen der Minister stellte, an die Stelle der Entlassung aus dem kirchlichen Amte die Unfähigkeit zur Bekleidung desselben und den Verlust des Einkommens setzte u. dgl. m.

Bei der ersten Lesung am 28. und 29. Mai 1880 verhielten sich Centrum und Fortschrittspartei durchaus ablehnend, die Konservativen zustimmend, Nationalliberale und Freikonservative waren gespalten. Der stärkste Widerspruch richtete sich gegen den Bischofsparagraphen, den Buttke gerade als den Kern des Gesetzes verteidigte. In den Kommissionsberatungen wurde er wie mehrere andere von der Majorität verworfen, bei der Schlußabstimmung aber auch das ganze Gesetz abgelehnt. Die zweite Lesung knüpfte daher wieder an die Regierungsvorlage an und führte zur Annahme des Bischofsparagraphen, freilich mit der Bedingung, daß die wiedereinzusetzenden Bischöfe die Anzeigepflicht anerkennen müßten; das Centrum stimmte dafür um zu zeigen, daß eine große Mehrheit im Prinzip für die Rückberufung der Bischöfe sei; aber Windthorst erklärte zugleich, daß es in dritter Lesung gegen das ganze Gesetz stimmen werde, wenn die Anzeigepflicht nicht wieder daraus entfernt werde. Umgekehrt war Bennigsen und ein Teil der Nationalliberalen entschlossen, wenn der Bischofsparagraph bestehen bleibe, gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Dagegen erklärte er sich

Die Präsi-  
dentwahl.Die Kirchen-  
gesetznovelle.

mit etwa der Hälfte seiner Partei bereit die Dispensation der Geistlichen von der vorgeschriebenen Vorbildung der Regierung zu gewähren, und schloß in diesem Sinne ein Kompromiß mit den Konservativen. Bei der Abstimmung in dritter Lesung fiel jedoch der Vorbildungsparagraph mit 198 gegen 197, der Bischofsparagraph mit fast allen Stimmen; der Rest des Gesetzes wurde mit 206 gegen 202 Stimmen angenommen. Die wichtigsten Ermächtigungen, die stehen geblieben, waren die Dispensation der Bistumsverweser vom Eide, die Wiederaufnahme eingestellter Staatsleistungen für ganze Sprengel, die Gestattung von Niederlassungen der Krankenpflegeorden. Außerdem wurden die Strafbestimmungen gegen die Amtshandlungen gesetzmäßig angestellter Geistlichen in fremden Pfarreien aufgehoben. Die Dauer der außerordentlichen Vollmachten wurde auf die Zeit bis zum 1. Januar 1882 beschränkt. Herrenhaus und Regierung nahmen das so verkürzte Gesetz an, und am 14. Juli 1880 wurde es vom König unterzeichnet.

Die Sezession.

Für die nationalliberale Partei war die Trennung bei dem Kompromiß der letzte Stoß gewesen. Am 28. August vollzogen 28 Mitglieder des linken Flügels im Reichstag und im Abgeordnetenhaus, darunter Bamberger, Baumbach, Braun, Bunsen, Forckenbeck, M. Meyer, Rickert, Stauffenberg ihre „Sezession“. Die Gründe dafür lagen freilich nicht bloß auf dem kirchlichen Gebiete, sondern in noch höherem Maße in den wirtschaftlichen Fragen, die seit der Annahme des Zolltarifs im Reichs- wie im Landtag zu neuen Spaltungen in der nationalliberalen Partei geführt hatten.

Die Eisenbahnverstaatlichung.

Von hervorragender Bedeutung waren die Eisenbahnfragen. Seitdem Bismarck sein Reichsprojekt zurückgezogen hatte, strebte er einerseits nach Vervollständigung des preussischen Eisenbahnnetzes, andererseits nach einer Regelung der Gütertarife, indem er es für unerträglich erklärte, daß die Privat- und auch die Staatsbahnen die Schutzzollpolitik des Reiches durch ihre billigen Tarife für fremdländische Erzeugnisse, z. B. für Getreide, größtenteils durchkreuzten.

Die Erweiterung des preussischen Staatsbahnnetzes durch Ankauf von Privatbahnen hatte das Abgeordnetenhaus schon am 14. Februar 1879 durch Ablehnung eines Antrags von Rickert gegen den Ankauf von Vollbahnen mit 5 Stimmen Mehrheit gutgeheißen und daneben den Bau von Sekundärbahnen durch den Staat empfohlen. Indes war durch den Bau der im April 1879 eröffneten Bahn Berlin-Wezlar nach Maybachs Ausspruch das Rückgrat des preussischen Staatsbahnnetzes geschlossen und der Minister trug sich mit großen Plänen demselben die Gliedmaßen anzuhängen. Von den fast 20 000 Kilometern preussischer Eisenbahnen gehörten reichlich 6000 bereits dem Staate, etwa 14 000 aber Privatgesellschaften; nahezu 4000 Kilometer der letzteren waren jedoch schon im Staatsbetrieb. Dem Landtage wurden nun gleich nach seiner Eröffnung am 28. Oktober 1879 Anträge bezüglich des Ankaufs der Linien Berlin-Stettin, Magdeburg-Halberstadt, Hannover-Altenbeken und der Köln-Mindener Gesellschaft vorgelegt, für die eine Mehrheit

im voraus  
zieller, m  
aus den  
bahnräte  
dem Land  
gelegt we  
dieser Fo  
vativen u  
der letzter  
Vorlage  
Regierung  
nischen, i  
Bahn, u  
seitig gen  
der Rhein  
die Erwer  
die Bervo  
bahnräte  
den näch  
tigeren L

Die  
am 12. J  
setzung ei  
teiligten  
ferenzen  
Der Bur  
schusses,  
Reichssta  
schuß ma  
Hand des  
zum Sch  
turrenz z  
waltigen  
deihen de  
Preußen  
zusammen  
Ausschuß  
Reichssta  
Württem  
antragte  
auschuß  
erweitere  
Forderun  
besondere  
Vertagun  
daß es i

im voraus gesichert war; wenn die Regierung gewisse Garantien finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Art zugestehen wollte: es sollte aus den Eisenbahnüberschüssen ein Reservefonds gebildet, ferner Eisenbahnräte für das Land und die einzelnen Direktionsbezirke gebildet und dem Landtage deren Verhandlungen und die Normaltarife jährlich vorgelegt werden. Da der Minister bei der zweiten Lesung die Erfüllung dieser Forderungen zusagte, stimmten die Konservativen, die Freikonservativen und die meisten Nationalliberalen für den Ankauf; nur etwa 20 der letzteren waren in der Opposition. Das Herrenhaus genehmigte die Vorlage mit großer Mehrheit. Wenige Wochen später beantragte die Regierung denn auch den Ankauf der Berlin-Magdeburger, der Rheinischen, der Homburger und des hessischen Anteils der Main-Weeser-Bahn, und auch diese Vorlagen wurden bis Mitte Februar 1880 allseitig genehmigt. Im folgenden Jahre scheiterte dann zwar der Ankauf der Rhein-Neckar-Bahn, aber 1882 wurde nicht dieser allein, sondern auch die Erwerbung von sechs anderen Linien beschlossen und ein Gesetz über die Verwendung der Eisenbahnüberschüsse und die Bildung von Eisenbahnräten zustande gebracht. Mit der Verstaatlichung wurde auch in den nächsten Jahren unausgesetzt fortgeföhren, so daß nur die unwichtigeren Linien noch im Besitz von Privatgesellschaften verblieben.

Die reichsgesetzliche Regelung der Gütertarife brachte der Kanzler am 12. Februar 1879 beim Bundesrate durch den Antrag auf Niederlegung eines Ausschusses in Anregung und suchte zugleich mit den beteiligten Regierungen, die selbst Staatsbahnen besaßen, auf freien Konferenzen eine Verständigung zu erzielen, indes ohne befriedigenden Erfolg. Der Bundesrat genehmigte natürlich die Bildung des verlangten Ausschusses, faßte aber keinen Beschluß zu Gunsten der Prinzipien des Reichskanzlers. Die ausgearbeitete Vorlage, welche derselbe dem Ausschusse machte, legte die Festsetzung der Tarife für alle Bahnen in die Hand des Bundesrates und gab demselben auch das Recht Ausnahmen zum Schutz inländischer Interessen und zur Beseitigung fremder Konkurrenz zu gestatten. Unzweifelhaft erhielt derselbe dadurch einen gewaltigen Einfluß auf die Rentabilität der Bahnen und auf das Gedeihen der einzelnen Handelsstädte, und dieser Einfluß kam thatsächlich Preußen zu statten, das mit den kleinen, von ihm abhängigen Staaten zusammen immer der Mehrheit sicher war. Schon in dem beratenden Ausschusse genügte es, daß Oldenburg und Hessen mit Preußen, den Reichslanden und dem Kanzler zusammenstimmten um Bayern und Württemberg, Sachsen und Baden zu majorisieren. Württemberg beantragte darauf im Bundesrate die Vorlage zunächst vom Verfassungsausschusse prüfen zu lassen, da sie die Befugnisse des Reiches bedeutend erweitere, zog aber, weil Bismarck darüber sehr ungehalten wurde, diese Forderung zurück und begnügte sich damit die Zurückverweisung an den besonderen Ausschusse zu verlangen. Auch dieser Beschluß war mit einer Vertagung der Sache auf unbestimmte Zeit gleichbedeutend und zeigte, daß es doch auch im Bundesrate nicht an Frictionen fehlte.

Die Gütertarife.

Der Kanzler  
und der Bun-  
desrat.

Die Gereiztheit, die der Kanzler darüber empfand, kam im April 1880 aus einem anderen Anlaß zum Ausbruch. Der Bundesrat beschäftigte sich mit einem neuen Entwurf des Stempelgesetzes, durch welchen auch Quittungen steuerpflichtig werden sollten. Der Vertreter des Reichspostamtes und der württembergische Gesandte befürworteten jedoch Postanweisungen davon auszunehmen und obwohl von Hofmann dagegen sprach, Preußen, Bayern und Sachsen dagegen stimmten, ging diese Befreiung mit 30 gegen 28 Stimmen durch, zum Teil vielleicht nur deshalb, weil eine größere Anzahl von Kleinstaaten ihre Stimmführung zwei Bevollmächtigten anderer Staaten übertragen hatten. Zornig verlangte darauf Bismarck am 6. April vom Kaiser seine Entlassung, da er weder den Beschluß der Mehrheit im Reichstag vertreten könne, noch ihn bekämpfen wolle. Der Kaiser lehnte das Gesuch natürlich ab und forderte den Kanzler auf Vorschläge zu machen um die Wiederkehr eines derartigen Konfliktes der Pflichten zu verhüten. Der erschrockene Bundesrat aber beeilte sich seinen Beschluß nach dem Willen des Kanzlers zu ändern. Allein dieser nutzte die günstige Lage noch weiter aus. Er bezeichnete in einer Denkschrift die geschäftsordnungsmäßig gestattete und allgemein üblich gewordene gegenseitige Substitution der Bundesratsbevollmächtigten als verfassungswidrig und empfahl außerdem eine Revision der Geschäftsordnung in der Weise, daß in jeder Session die leitenden Minister zu den entscheidenden Beratungen selbst nach Berlin kämen, daß, wie im Reichstag zwei Lesungen eingeführt würden und daß die Zulassung bloßer Kommissäre zu den Bundesratsitzungen untersagt werde, alles Maßregeln bei denen sein persönlicher Einfluß sehr gewinnen mußte, da sie ihn in den Stand setzten seine Ansichten in wirksamer Weise geltend zu machen. Ablehnen ließen sie sich schon deshalb nicht, weil sie ohne Zweifel sachlich gut begründet waren, und so nahm der Bundesrat sie denn bereits im April, wesentlich wie Bismarck sie verlangt hatte, an.

Kanzlerkrisis.

Revision der  
Geschäftsord-  
nung des Bun-  
desrats.

Daß trotzdem die Selbständigkeit der einzelnen Gesandten noch nicht völlig erstickt war, zeigte sich, als Bismarck unmittelbar darauf um Hamburg zum Eintritt in den Zollverein zu zwingen beim Bundesrat beantragte, daß außer Altona auch die Hamburger Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet einbezogen werde. Da Hamburg verlangte, daß zunächst der Verfassungsausschuß die Zulässigkeit dieser Maßregel prüfe, erklärte sich der bayerische Gesandte von Rudhardt für dies Verfahren; Bismarck aber machte ihm auf seiner parlamentarischen Soirée am 4. Mai wegen einer solchen Konspiration mit Juden, Römlingen und Fortschrittlern so heftige Vorwürfe, daß Rudhardt die Gesellschaft verließ und von seinem Könige seine Abberufung erbat, die ihm denn auch in der Form der Veretzung nach Petersburg bewilligt wurde.

Konflikt Bis-  
marcks mit dem  
bayerischen Ge-  
sandten.

Nach diesem Vorgange zeigte der Bundesrat keine Lust mehr dem Kanzler in der Hamburger Frage Widerstand zu leisten, aber die „Römlinge und Fortschrittler“ waren nicht so leicht eingeschüchtert, da sie die erzwungene Aufgabe der Freihafenstellung Hamburgs ebensowohl für

rechtswid-  
schaftspol-  
Bremen  
vorgesehe  
gemäß h  
wiegend  
eine groß  
sich dabe  
maßregel  
sein sollte  
Abgeordn  
Scholz h  
die Konf  
den Bun  
keit des  
Flügel d  
schieden  
das thur  
geschlosse  
dem bis  
wenn sie  
pflicht n  
Würde d  
auf der  
und dad  
Antrag  
wiesen u  
behalt z  
nur dur  
schien B  
besonder  
vorschlag  
zurückzu  
der § 4  
aber nah  
auf und  
wurde, n  
Der  
Antrag  
St. Pau  
Beschluf  
durch an  
licht un  
zu kräfti  
Briefe u  
städte u  
Bulle

rechtswidrig, wie für einen politisch gehässigen Ausfluß der neuen Wirtschaftspolitik hielten. Schon 1879 hatte der Kanzler an Hamburg und Bremen die Frage gerichtet, ob sie nicht den in der Reichsverfassung vorgesehenen Antrag auf Eintritt in den Zollverein zu stellen für zeitgemäß hielten. In beiden Städten war der Gewerbestand ganz überwiegend für die Bejahung dieser Frage, während die Kaufleute davon eine große Schädigung des Handels befürchteten: die Senate äußerten sich daher ablehnend. Bismarck entschloß sich infolgedessen zu Zwangsmaßnahmen, von denen die erste die Einverleibung der Vorstadt St. Pauli sein sollte. Im Reichstage kam dieselbe auf Anregung des Hamburger Abgeordneten Wolffson am 1. Mai zur Sprache; der Schatzsekretär Scholz bestätigte die Thatsachen, lehnte aber weitere Äußerungen ab; die Konservativen mißbilligten es, daß der Reichstag einen Druck auf den Bundesrat zu üben versuchen sollte, traten aber für die Rechtmäßigkeit des Verfahrens auch nur sehr lau ein; die Fortschrittspartei, der linke Flügel der Nationalliberalen und das Centrum nahmen dagegen entschieden für Hamburg Partei. In noch wirksamerer Form konnten sie das thun, als am 4. Mai die Verhandlung über die mit Oesterreich abgeschlossene Elbschiffahrtakte begann. In dieser war abweichend von dem bisherigen Grundsatz, daß Waren erst dann zollpflichtig würden, wenn sie vom Schiff ans Land kämen, in § 4 festgestellt, daß die Zollpflicht mit dem Überschreiten der Zollgrenze auf dem Flusse beginne. Wurde dies Prinzip anerkannt, so konnte der Bundesrat die Zollgrenze auf der Elbe jederzeit nach einem Punkte unterhalb Hamburgs verlegen und dadurch dessen Freihafenstellung völlig vernichten. Auf Delbrücks Antrag wurde deshalb die Vorlage zunächst an eine Kommission verwiesen und von dieser der Antrag gestellt die Elbakte nur mit dem Vorbehalt zu genehmigen, daß die Verlegung der Zollgrenze auf der Elbe nur durch Gesetz erfolgen könne. Zu der Beratung dieses Antrages erschien Bismarck selbst und bekämpfte ihn in einer langen Rede, die sich besonders gegen Delbrück und das Centrum richtete. Ein Vermittelungs-vorschlag Bennigsens die Sache zu schriftlichem Bericht an die Kommission zurückzuverweisen wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt und darauf der § 4 der Elbakte verworfen; bei der dritten Lesung am 10. Mai aber nahmen Windthorst und Delbrück den Bennigsenschen Antrag wieder auf und brachten ihn durch. Da der Reichstag gleich darauf geschlossen wurde, war damit die Entscheidung bis zur nächsten Session vertagt.

Der Bundesrat kam derselben aber zuvor. Wie er auf Preußens Antrag am 22. Mai Altona und einen freilich nur kleinen Teil von St. Pauli in das Zollgebiet aufnahm, so faßte er am 14. Juni den Beschluß die Zolllinie auf der Elbe nach Kurhafen zu verlegen. Auch durch andere Belästigungen wußte der Kanzler die Lage Hamburgs möglichst unbehaglich zu machen und dadurch die Anschließpartei in der Stadt zu kräftigen, während er andererseits in einem nach Hamburg gerichteten Briefe vom 20. November erklärte, daß er für den Wohlstand der Hansestädte und für die Wahrung ihrer verfassungsmäßigen Rechte mit der-

Hamburg und  
der Zollverein.

selben Gewissenhaftigkeit und landsmannschaftlichen Teilnahme eintreten werde, wie für die Interessen anderer Teile des Reiches und insbesondere auch eine ausgiebige Unterstützung der Stadt bei dem Bau der Anlagen, die durch den Eintritt in den Zollverein erforderlich werden möchten, zu befürworten bereit sei. Der Hamburger Senat mußte sich am Ende sagen, daß er dem Druck des Kanzlers auf die Dauer doch nicht werde widerstehen können und lud deshalb die Bürgerschaft am 28. März 1881 zur Niedersetzung eines Vertrauensausschusses ein, der über die Anschlußfrage mit ihm beraten sollte. Im Einverständnis mit demselben trat er dann in Verhandlung mit dem Kanzler, stieß dabei jedoch auf große Schwierigkeiten. Um ihn nachgiebiger zu machen beantragte Bismarck am 17. Mai beim Bundesrate die Aufhebung der Zollvereinsniederlage und des Hauptzollamtes in Hamburg und erreichte damit seinen Zweck, obgleich der Reichstag noch einmal für die Hamburger eintrat, indem er den Kanzler auf Windthorst's Antrag ersuchte, während der schwebenden Verhandlungen keine Änderung des bestehenden Zustandes herbeizuführen. Einen weitergehenden Antrag Richters bezeichnete der Staatssekretär von Bötticher im Auftrage des Bundesrats als einen gegen die Entschließungsfreiheit des letzteren gerichteten Versuch, an dessen Beratung teilzunehmen mit der Würde der verbündeten Regierungen unvereinbar sei; worauf sämtliche Bundesratsmitglieder den Saal verließen. An demselben Tage, dem 25. Mai, wurde von Bitter und Scholz einerseits und von den Vertretern Hamburgs andererseits eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach die Stadt sich fügte und bis zum 1. Oktober 1888 in den Zollverein einzutreten versprach, wogegen ein erheblich großes Freigebiet dauernd bestehen bleiben, die gesamte Zollverwaltung von hamburgischen Behörden ausgeübt, eine Revision des Zollregulativs vorgenommen und ein Reichsbeitrag von 40 Millionen zu den nötigen Bauten geleistet werden sollte. Nachdem die Hamburger Bürgerschaft ihre Zustimmung zu diesen Grundlagen gegeben hatte, trat auch der Bundesrat ihnen bei, während dem Reichstage erst im November 1881 die Bewilligung der 40 Millionen vorgelegt wurde und die zweite und dritte Lesung sich so-

Bremen.

Die surtaxe  
d'entrepôt.

gar bis Ende Januar 1882 hinauszog. Nachdem Hamburgs Schicksal entschieden war, verstand sich auch Bremens Eintritt unter ähnlichen Bedingungen von selbst; die als Beitrag des Reiches der Stadt zugesagten 12 Millionen wurden vom Reichstag in dritter Lesung am 3. März 1885 bewilligt. Während dieser Verhandlungen hatte es nicht an Versuchen des Kanzlers gefehlt die freihändlerisch gesinnte Kaufmannschaft der Hansestädte durch das Versprechen besonderer Vorteile ins schutzöllnerische Lager hinüberzuziehen. Gänzlich mißlang dies mit dem ersten Vorschlage, der Anfang 1879 auftauchte und die Einführung eine surtaxe d'entrepôt, d. h. eines Zuschlagszolls für Waren, die über einen fremden Hafen eingingen, bezweckte. Die binnenländischen Schutzöllner, denen dadurch der billigere Bezug über Holland verteuert worden wäre, erhoben sofort Einsprache und die hanseatischen Börsen erklärten sich

gleichfalls  
geachtet  
Projektes  
Brief vo  
Samoade  
und ein  
schließen  
für Han  
diesen Kr  
am aller  
der Natio  
doch in  
oder spät  
würden.  
der im  
horsts A  
Graf Ud  
ausfuhr  
ohne Na  
daß ein  
veranlaß  
bringen,  
eine von  
erreicht  
gegenübe  
seit die  
ungünstig  
auf eine  
preußisch  
sei, und  
Petition  
von den  
Die  
sprachen  
antragte  
darunter  
fassendes  
dem Bu  
einem G  
Entwürf  
erledigt  
Jahr et  
Matritu  
Program  
sollte,  
auf Ric

gleichfalls dagegen, obgleich der Abgeordnete für Bremen, Mosle, ungeachtet des Widerspruchs seiner Wähler, der eifrigste Verfechter des Projektes war und Bismarck dasselbe durch einen an ihn gerichteten Brief vom 4. Mai 1880 noch einmal in Anregung brachte. Auch die Samoavorlage, deren im Zusammenhange der Kolonialpolitik gedacht ist, und ein Gesekentwurf, der fremde Schiffe von der Küstenschiffahrt ausschließen sollte, waren darauf berechnet das Interesse der Reichsregierung für Handel und Schiffahrt zu bezeugen; doch bedauerte man gerade in diesen Kreisen das Scheitern beider Vorlagen in der Session von 1880 am allerwenigsten. War die Freihandelspartei auch in der Gesamtheit der Nation zu einer Minderheit herabgesunken, so behauptete sie sich doch in den Seestädten in der Mehrheit und hoffte darauf, daß früher oder später die schutzöllnerischen Experimente als verfehlt erkannt werden würden. In einigen Nebenpunkten erwiesen sich schon 1880 Änderungen der im Jahre vorher gefaßten Beschlüsse als nötig; so wurde auf Windhorsts Antrag der Flachszoll wieder aufgehoben und nach Anträgen von Graf Udo Stolberg und Rickert den Mühlenbesitzern die zollfreie Wiederausfuhr ausländischen Getreides, das mit inländischem gemischt war, ohne Nachweis der Identität ermöglicht. Die weitverbreitete Besorgnis, daß ein neuer Antrag auf Einführung des Tabaksmonopols bevorstehe, veranlaßte Richter dazu eine entschieden ablehnende Resolution einzubringen, deren Zweck denn in anderer Weise am 28. April 1880 durch eine von Buhl, Delbrück u. a. vorgeschlagene motivierte Tagesordnung erreicht wurde. Befriedigung erregte die Haltung des Bundesrates gegenüber den Angriffen auf die Goldwährung, die lebhafter wurden, seit die Reichsregierung im März 1879 den Silberverkauf wegen des ungünstigen Kurses eingestellt hatte; bereits im Juni erklärte der Kanzler auf eine Interpellation von Delbrück, daß weder im Bundesrate noch im preussischen Ministerium eine Änderung der Münzgesetzgebung angeregt sei, und der Bundesrat selbst antwortete am 24. Juni 1880 auf eine Petition der Steuer- und Wirtschaftsreformer, daß er keinen Anlaß finde von den Grundlagen der Münzgesetzgebung abzuweichen.

Die von den neuen Böllen zu erwartenden Mehreinnahmen entsprachen übrigens den Wünschen Bismarcks noch lange nicht. Er beantragte deshalb im Bundesrate Anfangs 1880 eine Reihe neuer Steuern, darunter die Brauststeuer, die im Jahre vorher abgelehnt war, ein umfassendes Reichsstempelgesetz, das zu dem früher erwähnten Konflikt mit dem Bundesrat führte, und eine Wehrsteuer für die, welche aus irgend einem Grunde ihrer Dienstpflicht nicht zu genügen bräuchten. Alle drei Entwürfe blieben aber im Reichstage oder gar schon im Bundesrate unerledigt stecken. Immerhin erhielten die Einzelstaaten schon für das nächste Jahr etwa 40 Millionen nach der Frankensteinschen Klausel auf ihre Matrikularbeiträge zurückbezahlt. Da diese Summe nach Bismarcks Programm zu Ermäßigungen der direkten Steuern verwendet werden sollte, hatte das preussische Abgeordnetenhaus schon im Februar 1879 auf Rickerts Antrag eine Resolution beschlossen, nach welcher die Höhe

Zollnovellen.

Die Doppelwährung.

Neue Steuer-  
vorlagen.Ermäßigung  
der direkten  
Steuern.

der Klassen- und der klassifizierten Einkommensteuer jährlich im Etat festgestellt werden sollte, und Hobrecht hatte sich damit im Auftrag des Königs einverstanden erklärt. Auch auf einer Konferenz der deutschen Finanzminister, die Ende Juli 1880 in Koburg stattfand, wurde einstimmig zugegeben, daß der Ertrag der neuen Reichssteuern, der den Einzelstaaten zufließe, unverkürzt zur Verminderung der Steuerlast verwendet werden solle. Mit Recht konnte man dagegen aber geltend machen, daß dieses Zugeständnis praktisch wertlos sei, solange die beiden Fragen der Vermehrung der Reichseinnahmen und der Verminderung der Partikularsteuern gesondert und stückweise behandelt würden. Auch politische Gegner mußten dem freikonservativen Herrn von Kardorff recht geben, wenn er ein einheitliches Steuerprogramm forderte. Als Norm für die Einzelstaaten konnte selbstverständlich nur Preußen dienen, und so verlangte Kardorff denn, daß diesem 75 Millionen zugeführt werden müßten um die Grund- und Gebäude-, die Einkommen-, Klassen- und Gewerbesteuer zur Hälfte aufzuheben; für das ganze Reich waren demnach 125 Millionen erforderlich, von denen er je 25 von den Zöllen und dem Tabak, je 15 vom Bier, Spiritus und Zucker, endlich 20 von der Stempelsteuer erwartete.

Rücktritt  
von Hofmanns.

Die Durchführung solcher oder verwandter Pläne erforderte jedenfalls eine ungewöhnliche Energie, und selbst vom Fürsten Bismarck ließ sich nicht annehmen, daß er neben seiner sonstigen Arbeitslast Neigung und Kraft genug besitzen werde um derartiges ins Werk zu setzen. Um so überraschender war es, daß im Sommer 1880 verlautete, der Präsident des Reichskanzleramtes und preussische Handelsminister von Hofmann trete zurück, und Bismarck übernehme selbst das letztere Amt, während der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, von Bötticher, zum Reichssekretär des Inneren bestimmt sei. Gleichzeitig wurde bekannt, daß der Kanzler für Preußen einen Volkswirtschaftsrat zur Vorprüfung wirtschaftlicher Gesetzesentwürfe zu begründen gedente, eine Maßregel, die man nur als den Versuch ein Gegengewicht gegen die politische Behandlung im Landtage zu schaffen verstehen konnte. Jedenfalls deutete sowohl die Übernahme des Handelsministeriums wie der Plan des Volkswirtschaftsrates an, daß Bismarck mit verdoppeltem Nachdruck sich den ökonomischen und sozialen Fragen zu widmen beabsichtige.

Volkswirt-  
schaftsrat.

Gewerbege-  
setzung.

Soweit dabei die Gewerbegesetzgebung in Betracht kam, hatte der Bundesrat sich bisher weniger rückschrittlich gezeigt als das Centrum und die Konservativen. Wenn er im März 1879 die Krankenanstalten konzessionspflichtig und die Erlaubnis zum Schankbetriebe von dem Nachweis des Bedürfnisses abhängig machen wollte, so vertrat er doch gleichzeitig noch im Reichstage durch Hofmann die freien gegen die Zwangsimmungen und lehnte es ab die viel angegriffenen Wanderlager gesetzlich zu verbieten. Auch die Beschränkung des Zinsfußes und der Wechselfähigkeit, welche Reichensperger und Kleist-Regow befürworteten, wurden von dem Staatssekretär Friedberg bekämpft und nur Verschärfungen der Strafgesetze gegen den gewerbmäßigen Wucher in Aussicht gestellt.

Zu prakt  
als die p  
schänken  
wurde au  
Dagegen  
April un  
entwurf  
nehmer,  
Normen  
in Ausfi  
angenom  
wieder e  
abgelehnt  
zu den W  
keit forde  
Der Kan  
Beantwo  
leute be  
werden  
komme, f  
war aber  
siefen ab  
Im  
Sinne d  
sich leb  
versorgu  
beantrag  
eingenom  
später ei  
Problem  
alle den  
wartete,  
von selb  
tages ha  
geringe  
Sozialre  
führte.  
großer  
die sozio  
rechtigt  
begründ  
kommen-  
die Arb  
arbeitste  
Sonntag  
steigern

Zu praktischen Ergebnissen hatten alle diese Anläufe nicht geführt, und als die preussische Regierung darauf dem Übermaß der Branntweinschranken durch Einführung einer Gemeindeabgabe entgegenzutreten suchte, wurde auch das vom Abgeordnetenhaus am 21. Januar 1880 verworfen. Dagegen setzte im Reichstag die konservativ-ultramontane Mehrheit im April und Mai 1880 auf Antrag Ackermanns nicht allein einen Gesetzesentwurf zur Beschränkung des Gewerbebetriebes der Schauspielunternehmer, sondern auch die Einschränkung des Hausiergewerbes und gewisse Normen für die Bildung von Innungen durch. Auch die von Friedberg in Aussicht gestellte Verschärfung der Strafen gegen den Wucher wurde angenommen, und wenn der Antrag des Grafen Wilhelm Bismarck wieder einen gesetzlichen Maximalzinsfuß einzuführen fast einstimmig abgelehnt wurde, so fand eine Resolution desselben, die im Gegensatz zu den Motiven der Bundesratsvorlage die Beschränkung der Wechselfähigkeit forderte, am 7. Mai 1880 mit 136 gegen 99 Stimmen Annahme. Der Kanzler ersuchte darauf die verbündeten Regierungen Material zur Beantwortung der Frage zu sammeln, ob die Wechselfähigkeit auf Kaufleute beschränkt, oder auch Grundbesitzern und Handwerkern erhalten werden müsse; daß sie für Soldaten, Gelehrte, Beamte etc. in Wegfall komme, schien er als selbstverständlich anzusehen. Die öffentliche Meinung war aber diesen Plänen entschieden abhold und mit wenigen Ausnahmen fielen alle Gutachten zu Gunsten der allgemeinen Wechselfähigkeit aus.

Immerhin konnte man aus diesen Vorgängen entnehmen, in welchem Sinne der Fürst diese Fragen betrachtete. Außerdem verlautete, daß er sich lebhaft für die Errichtung obligatorischer Invaliden- und Altersversorgungskassen für Fabrikarbeiter interessierte, die Stumm schon 1878 beantragt hatte. Hofmann hatte dazu zwar eine wohlwollende Stellung eingenommen, die Frage aber für noch nicht reif erklärt und nur für später eine Revision des Haftpflichtgesetzes in Zusammenhang mit dem Problem der Altersversorgung in Aussicht gestellt. Daß es jetzt nach alle den Richtungen, in welchen man die Thätigkeit des Kanzlers erwartete, nicht an sympathischen Kundgebungen mangelte, verstand sich von selbst. Am meisten Gewicht mochten die Beschlüsse des Handwerker-tages haben, der am 8. Oktober in Berlin sein Programm aufstellte; geringe Bedeutung besaß dagegen der bald darauf tagende Verein für Sozialreform, in dem der Hofprediger Stöcker vornehmlich das Wort führte. Mit ungewöhnlicher Begabung für populäre Beredtsamkeit, mit großer Schlagfertigkeit und persönlichem Mute ausgerüstet, hatte dieser die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse in weitem Umfange als berechtigt anerkannt und seit einigen Jahren eine christlich-soziale Partei begründet, nach deren Programm das Kapital durch progressive Einkommen-, Erbschafts- und Luxussteuern die Mittel liefern sollte um für die Arbeiter Unterstützungskassen aller Art zu begründen; ein Normalarbeits-tag, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, ein strenges Sonntagsgesetz und ähnliche Maßregeln sollten den Preis der Arbeit steigern; daneben wurden Zwangssinnungen, Regelung des Lehrlings-

Soziale Reformpläne.

Stöcker.

Die Sozial-  
demokratie.

Das Sozial-  
istengesetz.

wesens und ähnliches in Aussicht genommen. Die Sozialisten konnten solche Abschlagszahlungen, die ihnen obendrein durch den konservativen und auf Hebung des geistlichen Einflusses abzielenden Charakter der Stöckerschen Bewegung unannehmbar gemacht wurden, natürlich nicht befriedigen, und wenn einzelne unlautere Elemente sich aus ihrem Lager in das Stöckersche hinüberschlügen, so wurde jede gesunde Entwicklung der christlich-sozialen Partei dadurch vollends unmöglich gemacht; auch die persönlichen Schwächen des Führers traten bald deutlicher ans Licht und raubten ihm die Achtung, die man seinem mutigen Auftreten auch bei abweichenden politischen Anschauungen anfangs schenken mochte. Einen Augenblick konnte es scheinen, als ob die Unterdrückung der sozialdemokratischen Partei den Stöckerschen Anhang, der von der Polizei nicht belästigt wurde, vermehren würde. Allein diese Erwartung beruhte auf einer falschen Schätzung der Wirkungen des Sozialistengesetzes, das zwar äußerlich ein friedfertiges Auftreten der Verfolgten erzwang, aber sicherlich keinen bekehrte. Die öffentliche Meinung nahm freilich auch schon diese äußere Ruhe sehr wohlgefällig auf; man empfand es als eine Erleichterung, daß die lärmende Agitation in Versammlungen und Zeitungen verstummen mußte und gab sich gern der Täuschung hin, das, was man nicht mehr wahrnehme, existiere auch nicht mehr, während kundigere Beobachter ernst darauf hinwiesen, daß die Agitation im geheimen unvermindert fort dauere und weit erbitternder und vergiftender wirke, weil jede Bekämpfung durch Wort und Schrift aufgehört habe. Auch die Regierung bezeugte, daß Blätter wie Mosts Freiheit oder der Zürcher Sozialdemokrat der Polizei zum Trotz massenhaft verbreitet würden, daß bei Ersatzwahlen zum Reichstage, bei den Landtagswahlen in Sachsen und sonst die Fortdauer der Parteiorganisation klar zu Tage getreten sei, daß auch die Verbindung mit den ausländischen Sozialisten fortgesetzt werde; aber sie folgerte daraus, daß ebendeshalb das Gesetz erneuert werden müsse, und zwar auf längere Zeit um den Führern die Hoffnung auf das baldige Erlöschen zu benehmen. Demgemäß hatte sie im Februar 1880 die Verlängerung bis zum 31. März 1886 beantragt. Damit war sie jedoch nicht durchgedrungen, sondern hatte sich mit der Fristerstreckung bis zum 30. September 1884 begnügen müssen, während andererseits zahlreiche Milderungsanträge Windthorst's, Sonnemann's und der Sozialdemokraten abgelehnt waren. Daß die letzteren trotzdem ihre Agitation fortzusetzen gedachten, bewiesen sie durch den geheimen Kongreß, den sie im August 1880 auf Schloß Wyden bei Winterthur in der Schweiz abhielten und auf dem sie ihre Sache zwar von dem ganz ins anarchistische Lager übergegangenen Most trennten, aber doch auch angesichts des Sozialistengesetzes, das jede gesetzliche Agitation zur ungesetzlichen stempelte, den Satz ihres Programmes, der die Verfolgung ihrer Ziele auf gesetzlichem Wege vorschrieb, strichen. Die Rechnungsablage zeigte, daß der Partei in den letzten zehn Monaten doch noch etwa 70 000 Mark zugeflossen waren. Ihre Energie war unzweifelhaft nicht geschwächt, ihre Ausbreitung eher noch größer geworden.

Zun  
unschädli  
beim Bu  
Beginn i  
Aufstrete  
oder vor  
aus dem  
richter u  
erkennen  
eine sole  
Haujes  
würden  
7. März  
ausgenwi  
geehrt  
Man an  
die Abf  
Bestrebe  
1879 a  
Jahre k  
zurückfü  
entwurf  
W  
die Rei  
damals  
Sitz d  
sicherlic  
Verantw  
haft in  
Organi  
die best  
partei i  
gewesen  
eigenmä  
anders  
Liberal  
Teil B  
war, n  
1876 i  
jezt sie  
Erfolg  
sprach.  
stand e  
ins St  
im M  
Entlaf

Zunächst wohl in der Absicht die Sozialdemokraten im Reichstage unschädlich zu machen, beantragte der Reichskanzler im Januar 1879 beim Bundesrate einen Gesetzentwurf, nach welchem der Reichstag bei Beginn jeder Session einen Ausschuß zur Bestrafung von ungebührlichem Auftreten seiner Mitglieder wählen und dieser auf Antrag des Präsidenten oder von 20 Reichstagsmitgliedern auf Verweis, Abbitte, Ausschließung aus dem Hause, Verlust der Wählbarkeit, Überweisung an den Strafgericht und Verbot der Veröffentlichung der ungebührlichen Äußerungen erkennen sollte. Daß sich außer den Konservativen alle Parteien gegen eine solche Einmischung des Bundesrates in die Geschäftsordnung des Hauses und gegen die drohende Beeinträchtigung der Redefreiheit erklären würden, stand im voraus fest und wurde durch die Abstimmung am 7. März bestätigt. Auch den Antrag der Regierung einige aus Berlin ausgewiesene Sozialdemokraten, die als Reichstagsmitglieder dahin zurückgekehrt waren, verhaften zu dürfen, lehnte eine große Mehrheit ab. Man argwöhnte hinter derartigen Anträgen doch immer zugleich auch die Absicht Bismarcks das Ansehen des Reichstages zu schmälern, ein Bestreben, auf das man auch die vom Bundesrate am 16. Dezember 1879 angenommene Vorlage, nach welcher der Reichstag nur alle zwei Jahre berufen und statt auf drei auf vier Jahre gewählt werden sollte, zurückführen mußte; zur Verhandlung im Reichstage kam dieser Gesetzentwurf zunächst noch nicht.

Wenn Bismarck schon 1877 gelegentlich darüber geklagt hatte, daß die Reichsstut rückläufig geworden sei und wenn solche Klagen schon damals sich auf einzelne Vorgänge, z. B. auf die Wahl Leipzigs zum Orte des obersten Reichsgerichts, hatten stützen können, so war seitdem sicherlich keine Besserung eingetreten. Die Frage war nur, auf wen die Verantwortlichkeit dafür fiel. Des Kanzlers Pläne waren ja unzweifelhaft in allem auf die Stärkung der Reichsidee und die Befestigung der Organisation gerichtet; aber sein Bruch mit dem Liberalismus hatte ihm die beste Stütze geraubt, die Vorwürfe, mit welchen er die Fortschrittspartei überschüttete, vertieften die Kluft, die zeitweilig glücklich überbrückt gewesen war; die Änderung des Wirtschaftssystems hatte ihm wohl die eigennützige Unterstützung der Ultramontanen verschafft, aber wie ganz anders geartet war die als das frühere Vertrauensverhältnis zu den Liberalen. Sie glich einem beständigen Handelsgeschäft, bei dem jeder Teil Zug um Zug ein Zugeständnis machte und immer auf der Hut war, nicht übervorteilt zu werden. Der frische, frohe Schwung, der bis 1876 die innere Politik gekennzeichnet hatte, war dahin, und selbst die jetzt siegreichen Parteien empfanden keine rechte Befriedigung, weil der Erfolg der neuen Gesetzgebung ihren Erwartungen bei weitem nicht entsprach. Auch in der inneren Politik Preußens war ein bedenklicher Stillstand eingetreten und insbesondere die Verwaltungsreform seit 1877 sehr ins Stocken geraten. Eulenburgs Entwürfe einer Städteordnung wurden im Ministerium derart beschnitten, daß jener im Oktober 1877 seine Entlassung erbat und vorerst auf ein Halbjahr unter Bestellung Frieden-

Antrag auf  
Berichtigung  
der Geschäfts-  
ordnung.

Die nationale  
Idee.

Die preussische  
Verwaltungs-  
reform.

thals zum Stellvertreter beurlaubt wurde. Da gleichzeitig auch Fürst Bismarck beurlaubt und somit jede kräftige Förderung der inneren Politik unmöglich geworden war, gedachte die Opposition ihrem Mißtrauen in diese Lage Ausdruck zu geben; allein die Nationalliberalen ließen sich dadurch beruhigen, daß Friedenthal und Camphausen versicherten, sie würden nicht im Amte geblieben sein, wenn der Ministerrat wirklich die Einstellung der Reformen beschlossen hätte; auch Fürst Bismarck sei mit der Ausdehnung der Kreisordnung auf den ganzen Staat einverstanden; die Städteordnung solle wieder vorgelegt werden, sobald die Gegensätze sich etwas ausgeglichen hätten, und einzelne Bestimmungen derselben, die in unlöslichem Zusammenhange mit dem Gesamtorganismus der Selbstverwaltung ständen, würden in einer besonderen Vorlage dem Landtage zugehen. Infolge dieser Darlegungen vereinigten sich die Nationalliberalen mit den Konservativen zur Ablehnung der von der Opposition eingebrachten Anträge; mit 217 gegen 132 Stimmen blieb die Regierung am 27. Oktober Siegerin. Als aber kaum 14 Tage später das Centrum den Antrag, die Provinzial-, Kreis- und Landgemeinde-Ordnung auf Rheinland-Westfalen auszudehnen, einbrachte, wurde derselbe doch mit großer Mehrheit angenommen, während ein gleichzeitig beratener konservativer Antrag auf Revision der Verwaltungsgeetze für die alten Provinzen durchfiel. Die Vorlagen, welche Friedenthal dann wirklich machte, eine Novelle zur Städteordnung, ein Gesetz über Kommunalbesteuerung und eine Wegeordnung, fanden nur eine sehr laue Aufnahme und wanderten zunächst in die Kommissionen. Mit der Ernennung des jüngeren Eulenburg zum Minister des Inneren, im März 1878, erlahmte dann das Interesse der Regierung für diese Fragen noch mehr und die Thronrede vom 19. November kündigte an, daß dringendere Aufgaben die Vorlage neuer Verwaltungsgeetze verhindert hätten; doch versicherte Eulenburg gelegentlich, daß die Weiterführung der Reform deshalb keineswegs aufgegeben sei, und wenigstens ein Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst kam auch noch in dieser Session zustande. Die Thronrede vom 28. Oktober 1879 kündigte dann einige neue Entwürfe über die Einrichtung der höheren Verwaltungsbehörden und das Verfahren der Verwaltungsgerichte an, mit denen die Liberalen im allgemeinen zufrieden waren; doch beanstandeten sie die Einführung derselben in den sechs Provinzen, welche noch keine neuen Kreis- und Provinzialordnungen hatten, weil sie fürchteten, daß die Regierung dann das Interesse für die Einführung der letzteren vollends verlieren werde. Ein Versuch der Konservativen die Unabhängigkeit der Bezirksverwaltungsgerichte dadurch zu brechen, daß der Regierungspräsident in ihnen den Vorsitz erhielt, wurde von Eulenburg nicht unterstützt und glücklich abgeschlagen. Die Gesetze selbst gelangten mit der Einschränkung zur Annahme, daß sie in den westlichen Provinzen vorerst suspendiert blieben.

Die Einzelstaaten.

Auch in den meisten anderen Einzelstaaten hatten die Jahre von 1876 bis 1880 wenig erfreuliche Fortschritte aufzuweisen. Befriedigung

mochten  
am 15. F  
Regentsch  
gierung  
Cumberla  
Krone ein  
Kaiserhan  
Kronprin  
Victoria  
das Reich  
der Justiz  
sation des  
Reichstag  
den Kanzl  
selbständi  
sich schon  
eine Vor  
burg restitu  
Ministeri  
und die  
Stimmre  
Fürst zu  
an den  
überaus  
Kaiser an  
Ende Se  
gab, dor  
Elsaß-Lo  
zum Bun  
schied au  
Verwalte  
triebene  
hauptung  
gegen W  
Herzliche  
Elemente  
dadurch  
lichen G  
kommand  
sondern  
bereits i  
trat im  
Hofmann  
nicht mi  
Ausschei  
einst der

mochten die Nationalgesinnten darüber empfinden, daß in Braunschweig am 15. Februar 1879 endlich nach einigen mißglückten Anläufen ein Regentenschaftsgesetz zustande kam, welches Fürsorge traf, daß die Regierung beim Tode des Herzogs nicht in die Hände des Herzogs von Cumberland überging. Auch daß mit den hessischen Agnaten seitens der Krone ein Ausgleich erzielt wurde und daß die Augustenburger mit dem Kaiserhause ihren vollen Frieden schlossen, als Prinz Wilhelm, des Kronprinzen Sohn, sich am 3. Juni 1880 mit der Prinzessin Augusta Victoria verlobte, erleichterte es manchen Kreisen den letzten Groll gegen das Reich fahren zu lassen. Ebenso durfte man mit der Entwicklung der Zustände in Elsaß-Lothringen leidlich zufrieden sein. Die Organi-<sup>Elsaß.</sup>sation des Landes machte 1879 einen großen Fortschritt, indem der Reichstag auf Antrag des autonomistischen Abgeordneten Schneegans den Kanzler ersuchte darauf hinzuwirken, daß Elsaß-Lothringen eine selbständige, im Lande befindliche Regierung erhalte. Bismarck äußerte sich schon bei dieser Debatte sehr entgegenkommend und brachte im Mai eine Vorlage an den Bundesrat, welche die Ernennung eines in Straßburg residierenden Statthalters, die Bildung eines ihm zur Seite stehenden Ministeriums und Staatsrates, die Vergrößerung des Landesauschusses und die Berufung eines Delegierten zum Bundesrate, der übrigens kein Stimmrecht haben sollte, vorschlug. Mit dem Zusatz, daß kein regierender Fürst zum Statthalter ernannt werden dürfe, ging dieser Gesetzentwurf an den Reichstag und wurde von demselben am 21. Juni 1879 mit überaus großer Mehrheit angenommen. Zum Statthalter ernannte der Kaiser am 2. August den Feldmarschall Manteuffel und ertete dann Ende September, als er zu den Manövern sich in die Reichslande begab, dort unerwartet lebhafteste Bezeugungen des Dankes. Minister für Elsaß-Lothringen wurde der bisherige Staatssekretär Herzog, Delegierter zum Bundesrate Schneegans. Der bisherige Oberpräsident von Möller schied aus seiner Stellung mit der allseitigen Anerkennung, daß seine Verwaltung gute Früchte getragen habe; wenn man ihm zum Teil übertriebene Nachsicht gegen das Franzosentum nachsagte, so war diese Behauptung wenig begründet und erhob sich bald in verstärktem Maße gegen Manteuffel, dessen Auftreten sich durch eine gewisse Wärme und Herzlichkeit auszeichnete und darauf berechnet war die widerstrebenden Elemente zu gewinnen. In den altdeutschen Beamtenkreisen stieß er dadurch vielfach an; auch verübelte man es ihm, daß er seinen persönlichen Einfluß allzuhoch spannte und nicht allein seine Ernennung zum kommandierenden General des 15. Armeekorps sich ausbedungen hatte, sondern auch den Staatssekretär Herzog, der ihm zu selbständig war, bereits im März 1880 zum Rücktritt nötigte. An die Stelle desselben trat im August der bisherige Präsident des Reichskanzleramtes von Hofmann, der auf Bismarcks sozialpolitische Ideen anscheinend doch nicht mit dem Eifer eingegangen war, den der Kanzler forderte. Sein Ausscheiden aus dem Amte hatte zwar nicht dieselbe Bedeutung wie einst der Rücktritt seines Vorgängers Delbrück; allein einen Wendepunkt

Manteuffel.

bildete es doch. Auf seines Nachfolgers, des Herrn von Bötticher, Übereinstimmung mit seinen eigenen Plänen glaubte Fürst Bismarck vollständig bauen zu können.

### Die Ära des Staatssozialismus.

Der preussische  
Landtag.

Das erste Programm nach diesem Personenwechsel brachte die preussische Thronrede vom 28. Oktober 1880. Sie verhieß die Fortführung der Verwaltungsreform, die weitere Ausbildung des Staatsbahnsystems und ein Verwendungsgesetz für die Überschüsse, die Preußen vom Reich empfangen werde, und forderte die Abgeordneten auf an der Durchführung der wirtschaftlichen Reform, die für das Reich in Angriff genommen sei, mitzuwirken. Ob die Mehrheit, welche der Kanzler dafür wünschte, die konservativ-ultramontane, oder die konservativ-national-liberale sein werde, stand dahin. Da aber das Centrum bei der Einweihung des Kölner Domes, die in Gegenwart des Kaisers am 15. Oktober stattgefunden hatte, durch eine „würdige Zurückhaltung“ die Gefühle der Konservativen verletzt hatte, schloß ein Teil von diesen zunächst bei der Präsidentenwahl ein Bündnis mit den Liberalen, entfernte den ultramontanen von Heereman aus dem Präsidium und bildete dasselbe aus den Herren von Köller, Benda und Stengel.

Bismarcks  
Konflikt mit  
Eulenburg.

Die Spannung, welche sich darin kundgab, verstärkte sich noch bei der Beratung der Provinzialordnung für Posen, indem das Centrum dabei für die Forderungen der Polen eintrat. Übrigens wurde dieselbe im Februar 1881 angenommen und im Laufe der nächsten Jahre nach und nach auch die Einführung in den westlichen Provinzen ins Werk gesetzt. Dagegen scheiterte das sog. Kompetenzgesetz, welches die Zuständigkeit der Behörden ordnen sollte, nachdem es zu einem sehr merkwürdigen Zwischenfall geführt hatte. Im Herrenhause wurde nämlich ein Beschluß der Abgeordneten, wonach dem Kreisausschuß die Aufsicht über die Landgemeinden zustehen sollte, von Kleist-Regow bekämpft, von Graf Eulenburg aber befürwortet. Da erhob sich der Geheimrat Rommel aus dem Handelsministerium und verlas ein Schreiben Bismarcks, in welchem dieser erklärte, die Annahme des Paragraphen mache die Ausdehnung des Gesetzes auf die anderen Provinzen unmöglich. Als Eulenburg darauf seine Entlassung forderte, erschien Bismarck am 21. Februar 1881 selbst im Herrenhause, erklärte, daß Rommel das Schreiben gegen seinen Willen verlesen habe, suchte den sachlichen Zwispalt als wenig erheblich darzustellen und stimmte selbst für den Paragraphen, der auch angenommen wurde. Die Äußerungen des Ministerpräsidenten lauteten aber so ungünstig für die Prinzipien der Verwaltungsreform, daß die Mehrheit in beiden Häusern darauf verzichtete, die noch vorhandenen Differenzpunkte zu beseitigen und infolgedessen keine Übereinstimmung erzielt wurde. Eulenburg beharrte auf seinem Rücktritt und wurde am 6. März durch den Kultusminister von Puttkamer ersetzt, der aber sein bisheriges Amt einstweilen beibehielt.

Die  
bedeutend  
besonders  
Gemeinde  
die Part  
gar nicht  
als früh  
nicht an  
was ein  
Puttkam  
treibung  
1000 P  
ordnung  
150 mit  
2 Prozen  
diese gro  
Nur ver  
Windtho  
Rauchha  
angenom  
der Unt  
Diskussi  
hebung  
Un  
Vorlage  
ab, und  
Session  
Hauptin  
Preußen  
Erlaß v  
Einkomm  
die For  
schlossen  
und W  
stehende  
daß der  
liberalen  
haus ge  
hart m  
stimmur  
Finanzr  
gesetz v  
Steuern  
Dafür  
außer S  
der Gr